

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 7. November 1931

35. Jahrgang

Nummer 45

Tolerierungspolitik und Gewerkschaften

Von Alexander Knoll.

„Partei und Gewerkschaften sind eins!“ — dieses Wort, von dem verstorbenen Bömelburg auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß 1905 geprägt, hatte ursprünglich nur den Sinn, die geistige Wesenseinheit von Partei und freien Gewerkschaften aufzuzeigen. Es sollte damit zum Ausdruck gebracht werden, daß diese beiden großen Bewegungen niemals in einen inneren Gegensatz zu einander geraten könnten, auch wenn sie in den Methoden ihrer Arbeit, in der Auffassung über ihre Tagesarbeit nicht immer übereinstimmten.

Heute hat dieses Wort einen sehr viel tieferen Sinn und Inhalt erlangt. Einmal sind die mancherlei kleinen und kleinsten Gegensätze, die zwischen den beiden Bewegungen noch vor 25 Jahren hier und da zutage treten konnten, nahezu völlig verschwunden. Das Zusammenarbeiten ist ein sehr viel engeres und innigeres geworden; es sei nur an die Ursachen der letzten Reichstagsauflösung erinnert, wo es sich zwar nicht um gewerkschaftliche Forderungen allein oder in ausschlaggebendem Sinne gehandelt hat, solche aber doch in starkem Grade mitbestimmend gewesen sind.

Aber noch weit darüber hinaus geht heute die Gemeinsamkeit der Interessen von Partei und Gewerkschaften.

Heute sind sie zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden, deren letzte Konsequenz nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als — gemeinsam zu siegen oder gemeinsam unterzugehen! Daß es so geworden ist, ist nicht das Werk einzelner Personen, nicht die „Schuld“ einer der beiden Faktoren — das ist Schicksal, ist geschichtliche Notwendigkeit, vor der es kein Entrinnen gibt!

Wenn das bisher noch nicht allenhalben in der Gewerkschaftsbewegung erkannt worden ist, so sollte doch wohl die Harzburger Tagung der sogenannten „Nationalen Opposition“ endlich in allen Köpfen die notwendige Klarheit geschaffen haben. Was in Harzburg gefordert worden ist, ist ja doch nicht mehr und nicht weniger — als die Zerschlagung und Zerstörung aller gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Errungenschaften, an deren Erringung die Sozialdemokratische Partei als Faktor der Gesetzgebung denselben Anteil hat, wie die Gewerkschaften als unmittelbare Vorkämpfer und Initiatoren. Leider müssen wir sagen: Nur allein die Sozialdemokratische Partei; denn die Tätigkeit der links von ihr stehenden Auch-Arbeiterpartei, der A.P.D., hat ja immer nur darin bestanden, die Arbeit der Gewerkschaften und der treu zu ihr stehenden Sozialdemokratischen Partei herunterzureißen und der Arbeiterschaft diese Errungenschaften zu vereiteln.

Lassen wir diese Betrachtungen jedoch zunächst auf sich beruhen. Beschäftigen wir uns vorderhand erst einmal mit der sogenannten Tolerierungspolitik, die ja insoweit ihre Werten bis in die gewerkschaftlichen Reihen schlägt, als manche unserer Mitglieder geneigt sind, Erscheinungen und Ereignisse, die gerade uns als Gewerkschafter am unangenehmsten berühren und berühren müssen, auf das Konto dieser Tolerierungspolitik zu setzen. Da müssen wir zunächst mal grundsätzlich fragen: Ist die Bezeichnung der im letzten Jahre betriebenen Politik als „Tolerierungspolitik“ überhaupt richtig; ist sie nicht zum mindesten irreführend? Wenn ich jemanden toleriere, d. h. ihm gegenüber Duldsamkeit übe, so hat das doch den Sinn, daß ich diesem Jemand, diesem Dritten, eine Gefälligkeit erweisen oder noch mehr, daß ich ihm nütze oder ich vor Schaden bewahren will. Ich möchte nun den sehen, der zu beweisen vermag, daß die Partei bei ihrer Tolerierungspolitik hehlig ist, Herrn Brüning gefällig zu sein oder gar ihm zu nützen! Wer das behauptet, versteht entweder nichts von der Politik, oder er ist ein politischer Verleumder. Gewiß hatte bisher die Tolerierungspolitik die Wirkung, Herrn Brüning im Amte zu halten — und man sagt ja auch häufig, daß in der Politik nur der Erfolg entscheidet. Schön, zugestanden! Aber wenn das richtig ist, dann muß man doch auch fragen, was wäre denn der Erfolg, wenn heute oder morgen mit der Tolerierungspolitik Schluß gemacht würde? Daß dann eine arbeiterfreundlichere Reichsregierung ans Ruder käme, das kann doch nur ein politischer Trottel glauben. Der Sturz der Regierung Brüning: Das ist es ja gerade, worauf die „Harzburger“ warten. Sie selbst sind bis heute noch nicht stark genug, um mit Erfolg vorstoßen zu können. Das wissen sie selber am besten, trotz aller Großsprechereien. Wenn die Dinge aber so stehen, dann muß man doch allen Ernstes fragen: Kann es unsere Aufgabe, d. h. also Aufgabe unserer Partei sein, ihren und unseren Todfeinden zu dem Ziele zu verhelfen, das sie aus eigener Kraft nicht zu erreichen vermögen? Wäre das nicht politischer Selbstmord? Und wenn Gewerkschaftsmitglieder das von der Partei verlangen, heißt das nicht, die Partei aufzufordern, die Gewerkschaftsbewegung, unsere Gewerkschaftsbewegung, an unsere Todfeinde auszuliefern? Und dieser Erfolg würde doch unweigerlich eintreten.

Es kann sein, daß wir dieser Gefahr auf die Dauer nicht entgehen. Aber es ist doch ein himmelweiter Unterschied, ob ich eine

solche Gefahr selbst heraufbeschwöre, oder ob sie ohne mein Zutun eintritt. In ersterem Falle ist es ein politischer Fehler, von dem Bebel einmal gesagt hat, daß er schlimmer ist als ein Verbrechen — im anderen Falle wäre es historisches Schicksal oder Verhängnis, dem wir dann nicht zu entgehen vermöchten haben.

Noch aber ist es soweit nicht, und niemand vermag im Augenblick zu sagen, daß es so kommen muß. Freilich gibt es in unserer Bewegung auch zahlreiche Pessimisten, die der Meinung sind, daß wir dem Faschismus durch die Tolerierungspolitik nicht entgehen. Manche gehen sogar noch weiter und behaupten, daß wir auf dem bisher beschrittenen Wege erst recht zum Faschismus kämen oder überhaupt schon mittendrin seien. Brüning, so sagen sie, sei ja

Zum 9. November

Vier Jahre Haß! Vier Jahre Mord!
Vier Jahre Kriegsgewitter!
Des Sensenmannes Weltrekord!
Vernichtung, Schutt und Splinter!
Der Irrsinn troff von Blut und Leid
In einer lügenreichsten Zeit,
Als selbst ein Gott nicht wußte,
Wer Hilfe haben mußte.

Das Maß war voll. Ein Funke sprang
Aus Kiel in alle Lande.
Die alte Herrlichkeit versank,
Bedeckt mit Schmach und Schande.
Des Nebelmonats neunter Tag
Zerschlug mit Blitz und Donnerschlag
Die Majestät der Krone
Und der umschränkten Throne.

Der Volkszorn trieb die Mottenbrut
Wie Spreu in alle Winde,
Damit sie aus des Volkes Blut
Nicht hohlen Kriegsrühm schinde.
Doch wieder wird das Volk beschwätzt
Und zur Vergeltung aufgehetzt,
Da gilt es, sich zu scharen
Zur Abwehr der Gefahren.

Revolution! Nie steht sie still,
Sie wirkt und schäumt und brandet.
Sie ist die Kraft, die immer will
Und nie im Volk versandet.
Wohlan, wir stehen kampfbereit
Zu neuem Sturm, zu neuem Streit
Und was wir nicht erringen,
Wird Jugendkraft erzwingen!

V. K.

selber Faschist. Aus dieser Auffassung schlussfolgern sie dann weiter, daß es deshalb besser wäre, die richtigen Faschisten an die Regierung heranzulassen, je eher, desto besser — weil sie sich dann auch um so eher abgewirtschaftet haben würden.

Dazu ist folgendes zu sagen: Erstlich ist es nicht richtig, daß wir dem Faschismus unter keinen Umständen entgehen. Die Parteien, die sich zum offenen oder verhüllten Faschismus bekennen, haben nur eine Minderheit des deutschen Volkes hinter sich; sie sind sich ferner unter sich noch längst nicht einig. Zudem sind längst nicht alle Wähler dieser Parteien ausgesprochene Faschisten, sondern zum weitaus größten Teile nur Unzufriedene. Ferner ist es falsch, Brüning als Faschisten zu bezeichnen. Wer das behauptet, der weiß nicht, was Faschismus bedeutet. Faschismus bedeutet sozialpolitisch: absolute Rechtlosigkeit und politisch: brutalste Unterdrückung! In dem Lande des Faschismus gibt es außer den Faschisten keine Parteien, genau wie übrigens in Rußland neben den Bolschewikisten keine anderen Parteien gebildet, sondern blutig unterdrückt werden. Das ist eben das Wesen jeder echten Diktatur, daß sie sich nur mit dem Mittel roher und rücksichtsloser Vergewaltigung aller Andersdenkenden am Ruder halten kann. Wo gibt es

Derartiges heute in Deutschland? Hier können sich trotz Notverordnungen bis heute noch alle politischen Parteien frei bewegen — sofern sie nicht zu ungeschicklichen Mitteln greifen. Nur da, wo die Faschisten bereits das Heft in der Hand haben; ist es anders — siehe Braunschweig.

Aber das bedeutendste Argument, das — auch von Gewerkschaftsmitgliedern — gegen die Tolerierungspolitik geltend gemacht wird, ist, wie schon erwähnt, daß durch sie der Faschismus nicht verhindert wird und es daher besser wäre, den Faschisten Gelegenheit zu geben, zu zeigen was sie können, eben weil sie sich dann sehr bald abgewirtschaftet haben würden.

Man muß die politische Naivität bewundern, die sich in dieser Auffassung offenbart. Sie setzt nämlich voraus, daß die Faschisten, einmal zur politischen Macht gelangt, parlamentarisch regieren würden, und sei es auch nur im Notverordnungsstile der Brüningregierung. Ach nein! Die Faschisten denken gar nicht daran, es ihren Gegnern so leicht zu machen. Sie haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie eine antiparlamentarische Partei sind — genau so, wie ihre politischen Zwillingbrüder, die Kommunisten. Sie wollen die Diktatur! Und sie wollen den Diktator! Ihre erste politische Tat wäre also ganz bestimmt die Auflösung aller Parlamente und überall die Einsetzung von Nazis als kleine oder große Diktatoren, die nur das auszuführen haben, was der Ober-Nazi in Berlin oder München befiehlt!

Neben der Auflösung der Parlamente erfolgte selbstverständlich im gleichen Augenblick die Unterdrückung aller Gewerkschaften, die Beschlagnahme ihres Vermögens und wahrscheinlich auch die Verhaftung aller irgendwie führenden Persönlichkeiten. Selbstverständlich ginge nebenher das Verbot der gesamten nicht-nazistischen Presse. Das sind keine Phantasien, sondern ist oft genug von einzelnen Nazis ganz offen ausgesprochen worden. In Italien hat man es genau so gemacht.

Natürlich wäre mit allen solchen Maßnahmen an den wirtschaftlichen Zuständen nichts geändert. Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit würden dadurch nicht behoben. Ja, sie würden, das ist mit Sicherheit anzunehmen, noch wesentlich verschärft werden, weil dann auch die letzten in Deutschland noch investierten ausländischen Milliarden aus Deutschland herausgezogen würden. Damit rechnen auch die Nazis und ihre Freunde selber. Daher die verschiedenen Vorschläge für eine „innere Währungsreform“, die doch alle zwangsläufig auf eine neue Inflation hinauslaufen. Hoffentlich aber habt ihr alle noch nicht vergessen, was Inflation für die Arbeiterschaft bedeutet!!

Ihr meint, wenn die Nazis es so treiben würden, daß ihnen dann das Gros ihrer heutigen Freunde selbst davonläufe. Gewiß! Damit rechnen sie selbst auch, darauf sind sie gefaßt. Sollten jedoch die von ihnen betrogenen Arbeiterwähler dann murren, dann hat man für sie dieselben Mittel in Bereitschaft, mit denen Herr Mussolini die Arbeitermassen abgespießt hat, die ihm einstmal im blinden Vertrauen nachgelaufen sind. Das sind: Flintenkugeln, Maschinengewehre und Meuchelmord! — Denkt an Matteotti! Nicht umsonst verlangen die Nazis, daß ihnen „nur“ das Reichsministerium und das Reichsministerium des Innern, in Preußen das Polizeiministerium, ausgeliefert werden.

So liegen die Dinge! Solche Zustände zu verhüten — das ist der Sinn der Tolerierungspolitik! Daran ändert auch alle „Entlarvungspolitik“ der Kommunisten nichts. Die Drahtzieher — und Drahtzieher — dieser Partei wollen, das haben sie oft genug ausgesprochen, das Chaos in Deutschland. Sie sind genau so schlimm wie die Hitler und Konsorten, die für ihre Wahlarbeit gegen die deutsche Republik und die deutsche Arbeiterschaft von deutschen Kapitalmagnaten bezahlt werden.

Noch einmal: So liegen die Dinge! Kann es da für den ehrlichen und überzeugten Gewerkschafter noch ein Besinnen geben, zu welcher Politik er sich bekennen soll: Zu einer Politik besonnenen und zäher Abwehr, bis zum letzten, oder zu einer sinnlosen Katastrophopolitik? Eines von beiden gilt nur, ein Zwischending gibt es zur Zeit nicht.

Gewiß, es ist oftmals sehr schwer, bei allem, was die Notverordnungs politik des Herrn Brüning der Arbeiterschaft in Deutschland zumutet, ruhig Blut zu wahren und nicht mit den Fäusten dreinzuschlagen. Aber wir sollen unsere Fäuste nicht dazu benutzen, selbst noch die letzten Positionen, die Grundlagen eines späteren Wiederaufstiegs, zu zerschlagen. — Mit einem Wort: Wir sollen bei allem berechtigten Unmut keine Selbstmordpolitik treiben.

Den Nazis und ihrem Anhang aber in der gegenwärtigen Situation das Feld freigeben — und nichts anderes bedeutet zur Zeit die Liquidierung der Tolerierungspolitik —, das wäre in der Tat politischer Selbstmord.

Ihn zu verhindern, das ist der Sinn der Tolerierungspolitik. Somit ist Tolerierungspolitik zur Zeit und vielleicht noch bis auf weiteres zugleich auch die beste Gewerkschaftspolitik.

Wie ein Großindustrieller Antwöhres behauptet

Neben anderen deutschen Unternehmern hat der bekannte Großindustrielle Fritz Thyssen vor einer Versammlung amerikanischer Wirtschaftsführer über die deutsche Wirtschaft gesprochen. Es ist für die Unternehmer vom Schlage eines Fritz Thyssen charakteristisch, daß er zwei Drittel seines Vortrages dazu verwendet, um den amerikanischen Unternehmern vor Augen zu führen, wie furchtbar die deutsche Wirtschaft unter dem Einfluß der Gewerkschaften gelitten habe. Neben dem Versailles-Friedensdiktat sei der Einfluß der Gewerkschaften auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes eines jener wesentlichen Merkmale gewesen, die die Wirtschaft beeinträchtigt hätten. Für die Gewerkschaften sei die demokratische Republik nur das Mittel, um als Endziel den sozialistischen Staat zu erreichen. „Das Ideal der politischen Demokratie“, so erklärte Thyssen, „ergänzen sie (die Gewerkschaften) durch das Ideal der Wirtschafts-demokratie als der Vorstufe zum Sozialismus. Die Staatsmacht soll den breiten Massen den Weg frei machen zur Wirtschaftsmacht... Die Staatsmacht wurde zu einem großen Teil in Deutschland legaler Mittel des proletarischen Klasseninteresses. Die Steuerlast stieg, die Sozialabgaben wurden größer, die mißhandelte private Wirtschaft geriet immer mehr ins Gedränge, kurzum, die Entwicklung trieb dahin, wo wir heute stehen. Das sind die Auswirkungen der in der demokratischen Republik aufgefangenen und legalisierten sozialistischen Revolution von 1918.“ Thyssen sprach dann von der Wirkung der Reparationszahlungen, um dann weiter auszuführen: „Neben den Reparationen lasten am meisten die Folgen der sozialistischen Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften auf der deutschen Wirtschaft.“ Dann malte Thyssen ein Schreckensbild von der Wirkung der hohen Steuern auf die Unternehmungen an die Wand. Den amerikanischen Unternehmern wird es eiskalt im Rücken heruntergelaufen sein, als er so grau in grau malte und dann ausrief: „Das sind die letzten, die legalisierten Auswirkungen der sozialen Revolution in Deutschland!“ Doch haben die Gewerkschaften nicht nur diese Schanddaten auf dem Gewissen, sondern sie sind auch die Alleinschuldigen an der überstürzten Rationalisierung in Deutschland. Die Gewerkschaften hätten die Industrie durch Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen zur Rationalisierung gezwungen usw.

Die Unternehmer in den großkapitalistischen Ländern ähneln sich in ihren Äußerungen. Aber kein Unternehmer anderer Länder würde es fertig bringen, derart heuchlerisch die Schuld auf andere zu schieben. Thyssen hat wohlweislich die bodenlose Mißwirtschaft der deutschen Unternehmer verschwiegen. Nichts davon erwähnt, wie die Kollegen von Thyssen das Vertrauen in die deutsche Wirtschaftsführung in schändlicher Weise vernichtet haben. Wir holen das in folgendem ein klein wenig nach:

In der deutschen Wirtschaft häuft sich Standal auf Standal. Die Staatsanwaltschaft hat sich zu keiner Zeit in einem so erheblichen Umfang mit Großunternehmungen zu befassen gehabt als gegenwärtig. Das deutsche Kapitalistenpublikum hat bestimmten Großunternehmungen seine Gelder zur Verfügung gestellt, um eines Tages zu erleben, daß das Vertrauen, welches man sogenannten Wirtschaftsführern schenkte, schändlich mißbraucht wurde. Man bedenke, welche Fälle sich in verhältnismäßig kurzer Zeit ereigneten: Der Standal der Frankfurter Versicherungsgesellschaft wird gerade jetzt vor deutschen Gerichten aufgerollt; der Konkursverwalter des Nordwolle-Konzerns weiß gar nicht, wie er sich durch diesen Wust betrügerischer Manipulationen hindurchfinden soll; der Fall der Danabank ist noch in früher Erinnerung. Wir nennen weiter folgende Fälle: Zementkonzern Wiking, Karstadt, die Weberei Hannover-Linden, die Linoleum-Werke usw. Als letztes Glied in dieser Kette erscheint die Schultheiß-Pagenhof-Gesellschaft. Dieses Unternehmen galt bis vor kurzem als das beste der Welt. Mit einem Male wurde offenbar, daß betrügerische Generaldirektoren und Bankleute dieses Unternehmen um nicht weniger als 40 Millionen Mark geschädigt hatten. Eine solche Kette von standalösen Vorgängen hat die privatkapitalistische Wirtschaft in Deutschland noch nicht zu erleben gehabt. Daraus kann man ersehen, daß es mehr als faul in den Führersichten der Privatwirtschaft aussieht. Wir wollen uns weniger mit den einzelnen Fällen an sich beschäftigen, sondern in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß diese Zusammenbrüche eine Entwicklungsperiode beenden, die in der Inflation durch die Konzernbildung eingeleitet wurde.

Als der große Inflationskönig Hugo Stinnes sein Warenhaus für Sachwerte zusammenschickert hatte, ließ dieser Ruhm andere spekulative Persönlichkeiten nicht schlafen. Sie begannen ihrerseits Konzerne aus vorhandenem Material zusammenzufügen. Der alte solide Unternehmer, der unter parlamentarischer Wirtschaftsführung sich von kleinen Anfängen hinaufgearbeitet hatte, galt als höchst unmodern und überholt. Der Händler von Aktienpaketen wurde der Unternehmertypus der neuen Zeit. Und so begann man in allen Industriezweigen teilweise mit Hilfe von geborgtem in- und ausländischen Kapital Großunternehmungen zu schaffen. Bei Karstadt begnügte man sich nicht mit der Errichtung großer Warenhausgebäude und der Fusion mit ähnlichen Unternehmungen, es mußte auch Produktionsgesellschaften usw. errichtet werden. Die alte solide Bierbrauerei Schultheiß mußte mit Litz, Glas- und Zementfabriken zu einem vertikalen Konzern verbunden werden. Es waren überall Personen am Werke, die die anonyme Aktien-

gesellschaft als einen Vorhang benutzten, hinter dem sie ihre spekulativen Geschäfte machen konnten. Nur auf eine solche Weise konnte sich ein Herr Kagenellenbogen zum Generaldirektor der Schultheiß-Brauerei aufschwängen.

Die schlimmste Rolle bei alledem haben die Aufsichtsräte gespielt. Meistens waren es Vertreter der Großbanken. Ob man nun Gesellschaften wie die Jagab, Nordwolle, Wiking, Schultheiß oder andere nimmt, die Herren Großbankvertreter haben die Dinge ruhig laufen lassen. Diese Bankherren verwalteten große Vermögensteile der Nation. Sie haben die ihnen anvertrauten Gelder nicht nur nicht ordentlich verwaltet, sie haben sie jenen verbrechlichen Elementen obendrein noch zu Spekulationszwecken zur Verfügung gestellt. Im Falle Schultheiß waren zwei Großbankvertreter, Goldschmidt von der Danabank und Reinhardt von der Commerzbank, sogar von der Spekulationswirtschaft genau informiert. Trotzdem haben sie nichts getan, um die Aktionäre oder die Öffentlichkeit aufzuklären. Deshalb müssen derartige Personen durch den Druck der Öffentlichkeit von ihren Posten entfernt werden. Geht es so weiter, so wird das letzte bißchen Vertrauen in die deutsche Wirtschaftsführung bald vollständig vertan sein. Kein Ausländer ist mehr bereit, Gelder nach Deutschland zu leiten, weil er ja nicht weiß, was damit geschehen wird. Aber alle die aufgezählten Fälle beweisen, wie recht die Gewerkschaften hatten, als sie die gesetzliche Kontrolle der Aktiengesellschaften und der Banken forderten. Und da stellt sich ein Mensch wie Fritz Thyssen in Neapel hin und erzählt fremden Personen, daß die deutsche Wirtschaft durch die Gewerkschaften zugrunde gerichtet sei. Die deutsche Wirtschaft ist teilweise in Händen von Schiebern und Verbrechern. Nur ein eigener Beien vermag diesen Augiasstall auszumisten.

Arbeitslosenunterstützung durch Sachleistungen

In Nr. 43 des „Steinarbeiter“ teilten wir in Kürze die durch die Notverordnung vom 6. 10. 1931 eingetretene wichtigsten Änderungen zum Arbeitslosenversicherungsgesetz mit. Dabei nahmen wir u. a. auch Bezug auf die durch diese Verordnung erfolgte Ermächtigung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenunterstützung bis zu einem Drittel durch Sachleistungen abzugeben. Die Bewertung der Sachbezüge soll lediglich dem Vorstehen des Arbeitsamtes ohne Einpruchsrecht der Unterstützungsbezieher obliegen. Die ablehnende Haltung der Arbeiterkassen und deren Vertretung gegen dieses Problem ist hinreichend bekannt, so daß es einer weiteren Begründung nicht bedarf. Eine Zustimmung könnte nur dann Platz greifen, wenn die Verabfolgung von Sachleistungen als zusätzlich zur Arbeitslosenunterstützung gewährt wird.

In welcher Weise diese Frage nun behandelt werden soll, darüber gibt ein in Nr. 29 des Reichsarbeitsblattes veröffentlichtes Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die obersten Sozialbehörden und an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung Aufschluß. Im ersten Teil des genannten Rundschreibens wird angegeben, daß die Abgeltung eines Teiles der Arbeitslosenunterstützung durch Sachleistungen einen starken Eingriff in die Lebensführung und Selbstverantwortung der Unterstützungsempfänger bedeutet. Des weiteren wird dort angeführt, daß alle zur Behandlung der Frage herangezogenen Spitzenverbände der Industrie und des Handels lokale Mitwirkung zugesichert haben.

In welchem Ausmaß eine Preislenkung möglich ist, wird z. B. aus den Erklärungen der Vertreter obgenannter Körperschaften ersichtlich. So haben sich Vertreter einzelner westdeutscher Kohlenindustrie bereit erklärt, für bestimmte Sorten Kohle eine Senkung des Preises um 30 Prozent eintreten zu lassen. Die Vertreter Oberösterreichs derselben Industrie stellten für ihr Gebiet ebenfalls für bestimmte Sorten Kohle deren Verbilligung um 50 Prozent in Aussicht. Aber auch die Bäckermeister Berlins haben großzügig eine Senkung des Brotpreises für ein 2½-Pfund-Brot um 4 Pfg. in Aussicht genommen. Für Kartoffeln versprach man eine Verbilligung von 90 Pfg. pro Zentner. Im übrigen geht aus dem Rundschreiben hervor, daß die Sachleistungen auf Brot, Kartoffeln und Brennstoffe beschränkt bleiben. Lediglich für alleinstehende Arbeitslose soll in eigens zu diesem Zwecke errichteten Küchen Essen verabfolgt werden. Die Verwaltung und Durchführung dieser neuen Einrichtung ist den staatlichen Kommunalverwaltungen übertragen, mit denen die Arbeitsämter in engerer Fühlung zu bleiben haben. Um eine reibungslose Ausgabe der Sachleistungen zu ermöglichen, sind nichtübertragbare Bezugsscheine auszugeben, die nur für eine bestimmte Zeit Geltung haben. Abgeraten wird von der Einrichtung eigener Ausgabestellen, ähnlich wie diese während des Krieges eingerichtet waren. Daraus ergibt sich, daß die Verteilung lediglich dem privaten Handel und den Konsumgenossenschaften übertragen wird.

Im allgemeinen sieht diese für alle Kreise so wichtige Frage noch recht düster aus. Soweit bis jetzt bekannt wurde, sind besonders Kreise der Landwirtschaft am Werke, um ihre Produkte preiswert an den Mann zu bringen. Auch in Sachen meldete vor kurzer Zeit die Tagespresse, daß sich die Vertreter der Landwirtschaft bereit erklärt haben, zum Kleinhandelspreise plus 10 Proz. Lebensmittel zu diesem Zwecke zu liefern. Daraus ist mit Deutlichkeit zu ersehen, welche Beweggründe bei Behandlung dieser

Sache auf Seiten der Produzenten vorhanden sind. Der Arbeiterkassen erwächst die Pflicht, ein wachsames Auge auf diese geplante Neueinführung zu richten, damit nicht zu den durch die verschiedenen Notverordnungen verschlechterten Unterstützungseinrichtungen noch neue Verschlechterungen hinzukommen. Hr.

Arzt und Erbe

Kann sich noch jemand eine gewerkschaftliche oder politische Versammlung vorstellen, in der Gegner von links anwesend sind und das Wort vom Arzt und Erben nicht fällt? Meistens wird es sehr verstümmelt vorgebracht. Ungefähr so, als habe Fritz Tarnow damit auf dem Leipziger Parteitag der SPD. sagen wollen, daß wir alle Kräfte aufbieten müssen, um den kranken Kapitalismus zu heilen. Wer das Rezerat liest, wird freilich niemals auf den Gedanken kommen, aber wer bösen Willens ein Argument gegen die Politik der Gewerkschaften sucht, hat es leicht, einem ungeschulten Publikum begreiflich zu machen, daß, wer den Sozialismus will, dessen feindlichen Vorgänger, den Kapitalismus, nicht heilen darf. Es sollen hier keine Wortklauberien betrieben, sondern nur einige Tatsachen angeführt werden, die für sich selber sprechen.

Es ist auch den kommunistischen Anhängern eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Lohnabbau kaufkraftmindernd und daher krisenverschärfend wirkt. Der Kapitalismus erweist sich selbst durch die dauernd von ihm geforderten Einkommensföhrungen den schlechtesten Dienst. Gelingt es ihm, die Kaufkraft so tief herunterzubringen, daß die darauffolgenden Einschränkungen der Produktion die Arbeitslosenziffer um weitere Millionen answellen lassen, dann muß mit tödlicher Sicherheit einmal der Punkt eintreten, daß die wenigen, die noch Arbeit haben, nicht mehr in der Lage sind, für die vielen, die keine Arbeit mehr haben, die Unterstützungsgelder aufzubringen. Dieser Augenblick bedeutet die Revolution! Wer nun glaubt, in deren Verlauf dem Kapitalismus den Todesstoß veretzen zu können, der muß ihr konsequent zusteuern, das heißt, er muß jeden Lohnabbau begründen. Wer das nicht tut, sondern sich ihm gar noch entgegenstemmt, der hilft mit, die Konjunktur vor weiteren Verschlechterungen zu bewahren. Kurz, wer das tut, treibt die Politik des Arztes am Kapitalismus. Da unsere Kommunisten erfahrungsgemäß sehr laut gegen jeden Lohnraub protestieren, trifft diese Charakterisierung auch ihre Politik.

Jeder Einsichtige weiß, daß eine gute Sozialpolitik zwei Aufgaben zu erfüllen hat. Einmal lindert sie die Not der verarmten Massen, und zum anderen werden dadurch Verzweiflungsausbrüche gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung verhindert. Man lege sich nur einmal die Frage vor, was heute geschehen würde, wenn die Millionen Arbeitslosen keine Unterstützung erhalten würden. Da der deutsche Arbeiter nicht gewillt ist, widerspruchslos zu verhungern, wäre auch nur der Versuch, diesen Zustand herbeizuführen, gleichbedeutend mit der revolutionären Erhebung. Aber nun gibt es in der ganzen deutschen Arbeiterkassen keinen Menschen, der der Ansicht wäre, die Arbeitslosenunterstützung sei ein Uebel. Ganz im Gegenteil herrscht vollste Einmütigkeit darüber, daß sie zu niedrig ist! Und das wiederum betonen die Gruppen am lautesten, die es mit Entwürdung von sich weisen, den Zusammenbruch abzuwenden oder hinauszuzögern, also Arzt zu spielen.

Die Zahl derartiger Beispiele ließe sich noch beliebig vermehren. Wer die hohen Monopolpreise bekämpft und die preispolitische Wirkung von Zöllen für wirtschaftsschädlich hält, der erstrebt das Gegenteil davon, also den sinkenden Warenpreis, um auf diese Weise die Kaufkraft zu stärken und die Konjunktur in Gang zu bringen. Wer die Auswüchse im Tempo der Rationalisierung verdammt, weil sie die Erwerbslosigkeit steigern, der will im Grunde nichts anderes als einen ohne möglichst viel Störungen abrollenden Wirtschaftslauf. Wer für eine gesunde Aufteilung des Volkseinkommens in Massenkraft und Kapitalbildung kämpft, strebt im Grunde denselben Ziele zu.

Und bei all diesen Fragen finden wir gerade unsere Kommunisten als die lautesten Rufer im Streite, was ihnen dadurch erleichtert wird, daß sie ja nur protestieren und das Dazugesehen der Forderungen getroff den anderen überlassen. Aber ginge es nach ihnen, würden sie ihre Forderungen nicht nur stellen, sondern auch in der Lage sein, sie durchzuführen, dann gäbe es nie eine soziale Revolution. Wer den Zusammenbruch der Wirtschaft will, der muß das Massenelend wollen, der muß konsequenter Anhänger der Verelendungstheorie sein. Aber nichts von dem ist bei unseren Kritikern von links zu finden. Der Grund dafür ist, daß man die vorzeitige Entscheidung zwischen Kapital und Arbeit nicht will. Man weiß auch dort, daß es bei einer derartigen Katastrophe einzig und allein auf die proletarischen Klassenkräfte ankommt und daß, wie die Dinge heute liegen, niemand sagen kann, ob der Arbeiter als Erbe oder als Beerber aus diesem Kampfe hervorgehen würde. Das zu erkennen ist die Hauptsache und nicht die rednerische Helbenpose.

Wer dauernd erklärt, nur eine Politik betreiben zu wollen, die den Wirtschaftszusammenbruch befördert, und auf der anderen Seite das gerade Gegenteil davon tut, wie es bei unseren Kommunisten der Fall ist, der läuft Gefahr, auf die Dauer nicht ernst genommen zu werden.

Beton

Marx Dortu

In der Tiefe des Berges träumt der Stein, Er möchte wieder Sterngas sein.	Dies ist die Stunde der Wiedergeburt. Der Kalkstein wird frei — und Glüd zur Geburt!
Als junger Stern mit Kometen fliegen. Den Raum und das Starre brausend besiegen.	Geröstet, getrommelt, der blaue Stein: Bald wird er Ware, Zement wird er sein.
Träume, träume, du blauer Stein: Einft wirst du wieder Freiheit sein.	Mit Ries und mit Wasser, ein breitt Gemisch: Beton, die Maurer, zu Werk, frisch-frisch!
Und schon kommt der Mensch, mit Meißel und Schlägel: Wie er singt und klagt, der kloßige Schlägel!	Nach einigen Monden stand schon der Turm. Der Stein ward Freiheit, umjungen vom Sturm!

Der Lehrling

Vor gut einem Jahre habe ich ihn kennengelernt. Wen denn? Den Franz. Abends habe ich ihn das erstmal gesehen. Draußen. Im Freien. Am Goldfischteich sah er — mit einem Buch in der Hand — er schaute mir nach, er mußte mich kennen: ich fühlte seinen Blick auf meinem Buckel brennen — ich drehe mich um — ich gehe zurück, ich schaue in zwei sanfte braune Augen — laß sehen, Junge, was du da liest — sage ich —. Ei, Gewitter, Kerlchen, verstehst du denn das? Nicht alles, sagt er — aber ich fühle in diesem Buche eine Wärme, als ob mir Fenster geöffnet wären —. Der Titel des Buches war: „Philosophische Systeme!“

Ja, am Goldfischteich war's — sanft plätscherte und lang die Fontäne, in den Platanen über uns rauschte der Baß. Junge, sagte ich zu dem Philosophenlehrling — du bist Steinmeh! Woher wissen Sie das? An meinen Händen sehe ich's. Ja — ich will Steinmeh werden — ich lerne noch. Ich habe noch ein Jahr nach. — Was hast du sonst schon gelesen? Kant, Schopenhauer, Nietzsche. Hast du das verstanden? Von Kant wenig. Schopenhauer, ja. Nietzsche ist bunt. — Wie heißt du, kleiner Philosoph? — Franz heißt ich, ich werde siebzehn, mein Vater ist Domkister. — Franz, warum liest du nicht Marx und Bebel? — Die sind nicht in der Stadtbibliothek. Von Bebel hat mir mein Vater erzählt — er hat

ihn geliebt, als er noch jung war, mein Vater — er hat damals Bebel gelesen. — Franz, bist du beim freien Verband, bei den Steinarbeitern? — Mein Vater ist doch Kirchenbdiener, Küster. — Aber er hat Bebel gelesen. Franz, komme mich besuchen, du kennst mich wohl? — Ja, Sie sind der von der Turmgaße. — Adies.

Und dann kam er zu mir, der Franz, der junge Steinmeh. — Ich gab ihm Heine und Lafalle. — Adies, komme mal wieder.

Das nächste Mal gab ich ihm Bebel und Marx: in volkstümlicher Darstellung. — O, Heine, sagte er, das ist wie Sturmesbrausen. Und Lafalle, gerade so, als wenn ich Stein schlage — und mir Feuer entgegenspringt.

Ein Jahr ist über all das hingegangen. Wir sind enge Freunde geworden: der Franz und ich! Er hat von mir den „Steinarbeiter“ bekommen, und längst ist er im Verband drin. Meine Bibliothek ist seine geworden. Er liest viel. Wir sind ganz eng Vertraute. Ostem hat er ausgemerkt. Dann will er nach Italien. Franz, sage ich: Italien, da ist doch Mussolini. Zu dem Mussolini will ich nicht. Ich suche die klassische Baukunst. Franz, was ist klassisch? Alt-Rom in Stein. Gut, mein Junge. Deine Worte sind kein leeres Geschwätz. Nimm dies Buch mit: Thorwaldsen, der dänische Bildhauer — mit schönen Photographien. Gute Nacht.

Und heute denke ich nun mal über Franz nach, über den Lehrling am Stein. Meine Fragen beantwortete ich mit den Gedankengängen meines jungen Freundes.

Wie kam er als Sohn des Domkisters zum Stein? Von Jugend auf erlebte er den Stein. In allen Farben. Rot. Grün. Weiß. Silber. Grau. Sandstein. Diabas. Marmor. Kalkstein. Granit. Stein — der Dom! Und die Bildwerke. Das Schleifenband aus der frühen Romantik, um die Kapitelle des Portals am „Heidenbau“, dem ältesten Teile des Domes. Dann die Tiergestalten der Gotik, im Traume ist Franz, der Freund, auf diesen Steintieren durch alle Welt geritten — und über die brausende See, Löwenritt und Delphinritt. Der Stein gab der Knabenseele seine Offenbarung — der Stein deutete eine Welt, im Steine war Leben, das fühlte der Küstersohn vom Dom.

Und am alten Friedhof all die Grabmonumente. Gotik, Renaissance, Barock und die Schnörkelien des Rokoko. Alles Gefühlswelten in Stein — der Knabe ward schweigsam, wie der Stein selbst ward er. Vater ist Küster. Vater dient der Kirche, aber der Stein des Doms dient dem Knaben — der Stein formt die Seele des Kindes. Das Kind sucht. Was? Gestalt sucht es. Es will sich formen.

Vater fragt: Junge, was willst du werden? Steinmeh. Gut. Ich spreche mit Meister Frohmüller. Angenommen. Du kommst in die Lehre. Der Stein hatte sein Kind. Franz, schwinde du den Schlägel.

Meister Frohmüller wohnt nahe am Friedhof. Er hat nur einen Lehrbuben. Eben den Franz. Wir arbeiten in Marmor, Granit und Grünstein. Fast immer die gleichen Monumente — Kreuze, Tafeln, drei Engel, 'ne Urne, 'ne gesenkte Tafel. Aber aus dem Steine selbst brennt Leben — der Funke im Stein: die große Verwandtschaft zu dem Herzen des Steinmehlehrlings Franz. Der Funke des Steins sagt: Forme mich! Und der Funke im Herzen des Knaben sagt: Stein, lehre mich! So kam der Jüngling Franz suchend zu den Philosophen. Was sein Gefühl verstand — das wollte auch seine Vernunft verstehen: Die Zusammenhänge allen Seins, das Gleichnis der Bildnisse, die Flamme der Solidarität hindurch alle Schöpfung! So suchend — fand ich Franz. Sein Buch: „Die philosophischen Systeme!“

Der junge Mensch hatte sich beruflich richtig gefunden — aus dem Steine Form und Leben gestalten! Zwischen Domsteinen aufgewachsen — war er der Berufene für die Arbeit am Stein. Gut. Schön. Franz gedeiht.

Wenn alles Tiefere Solidarität ist — dann muß auch Solidarität zwischen Alter und Jugend sein. Alter heißt Erfahrung und einiges Wissen — diese Erfahrung und dieses Wissen verpflichtet! Ich hatte die Pflicht, die Seele dieses jungen Menschen zu gestalten, zu formen — und ich tat es, so: wie ältere Menschen es mit mir getan hatten. Durch Bücher und Worte führte ich Franz in die sozialistische Lebensform. Er am Stein. Ich an der Seele. Wir formten beide. Franz ward ein glühender, überzeugter Sozialist. Im freien Steinarbeiterverband und in der Jugendgruppe der Partei. Franz, der Steinmehlehrling!

Was hatte Franz gesagt? Ostem will er nach Italien. Alt-Roms Steinkunst will er sehen. Er will lernen. Schon fühle ich — von Rom führt die Brücke nach Griechenland — Ägypten folgt und Indien — Pyramiden und Pagoden.

Ich weiß nicht, wie weit Franz geblieben wird. Aber dem Feuer in seiner Seele habe ich Form und Gestalt gegeben: Die Welt des Sozialismus brennt aus Franz! Vielleicht verdimilt er die Antike mit der Neuzeit? Ich hoffe viel. Etwas wird! dm.

Aus der Chirurgie der Steinzeit

Die Vervollkommnung von steinernen Instrumenten zur Vornahme von chirurgischen Eingriffen in prähistorischer Zeit wird bewiesen durch zahlreiche Funde vorzüglich glücklicher Knochenoperationen, die mancherlei Entzündungen über menschliche Leiden damaliger Zeit gebracht haben, soweit solche an der Hand der allein übriggebliebenen Skelette nachzuweisen sind. Besonders frauzösische Gelehrte haben sich mit diesen Fragen beschäftigt. An einem

Was irgend gelien will und walfen.
Muf in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Willft du dich am Ganzen erquicken / So
mufst du das Ganze im Kleinfien erblicken

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ift wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

Bereinbarung

Leipzig, Rotterdam, den 23. Oktober 1931.

Zwifchen dem „Allgemeenen Niederländifchen Bond van Arbeiders werkzaam bij Straten-en Wegenbouw“ und dem „Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands“ ift heute nachftehende Vereinbarung getroffen worden:

1. der zwifchen den beiden Verbänden am 23. Juli 1930 abgefchlossene Gegenfeitigkeitsvertrag erfährt infolfern eine Abänderung, als die Artikel 9, 10, 11 und 12 dieses Vertrages (Unterftützung beiderfeitiger Mitglieder im Falle der Erwerbslofigkeit) geftrichen werden.
2. Diese Vereinbarung ift im „Straatbouw“ und im „Steinarbeiter“ zu veröffentlichen.

Für den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands:
Ernst Windler.

Für den Allgemeinen Niederländifchen Bond van Arbeiders werkzaam bij Straten-en Wegenbouw:
P. Schoonderwoerd.

Fallt nicht auf Schwindel-Anzeigen herein!

Eine ernfte Mahnung — namentlich an die erwerbslofen Kollegen. Augen auf — Täfchen zu!

„Die Hyänen des wirtfchaftlichen Schlachtfeldes ftürzen fich auf die Opfer des Kampfes.“ So fchreibt mit Recht Arbeitsgerichts- direktor Dr. Kaufmann-Hamburg in einem aufschlussreichen Auffatz in Nr. 27 des Reichs-Arbeitsblattes über „Verluste durch Schwindelfirmen.“ Die Darlegungen find derart wefentlich zur Unterrichtung unserer Lefer zur Warnung vor drohenden Gefahren, daß wir nachftehend kurz darauf eingehen.

In erster Linie ift der berüchtigte Nebenerwerbsschwindel zu erwähnen. Tausende und aber Tausende durchsuchen leider täglich den Inseratenteil der Zeitungen, um irgendwelche Verdienstmöglichkeiten zu finden. Immer wieder fcheint hier oder da eine Hoffnung zu winken. Man wendet Zeit und Porto daran, und immer wieder gelingt es gefchickten Ausbeutern, durch geheimnisvolle Andeutungen und unklare Redewendungen fo viel Interesse zu erwecken, daß der Vorfchub von 1 bis 3 Mark oder noch höhere Beträge, ja Summen von 25 bis 30 Mark für die Befchaffung des „Materials“ ausgegeben werden, durch welches man eine „glänzende Gefühls“, „ficheres Einkommen durch vornehme Befchäftigung“ ufw. ufw. zu erlangen hofft. Verhältnismäßig harmlos find noch diejenigen, die fich mit kleinen Gewinnen begnügen. So gab es einen fleißigen Inferenten, dem man allerdings fchon vor einer Reihe von Jahren das Handwerk legte, der gegen Einblendung von nur 1,50 Mark ein fiheres Rezept für „bequemen, auskömmlichen Nebenverdienst“ verpachtete. Wer die 1,50 Mark einfandte, erhielt als Antwort nur ein kleines Briefblatt, auf dem kurz und knapp die fünf Worte ftanden: „Machen Sie es, wie ich.“ Dieser Witzbold war übrigens einer der ganz wenigen oder vielleicht der einzige, der einen wirklich erfolgverfprechenden Rat gab, allerdings nur für folche, die ebenfo niederträchtig handeln wollten, wie er felbst. Die anderen erhielten aber wenigftens eine heifflame Lehre, die fie vielleicht vor schlimmeren Hineinfällen bewahrt hat. Trauriger ift das Los derer, die unter Aufwand ihrer letzten Spargrofchen für das Betriebskapital verfuhen, Gegenstände zu verzeihen. Fast immer haben folche Schwindler felbst ein gutes, oft ein geradezu glänzendes Einkommen. Welche Summen dem Volkstörper — gerade an feinen fchwächften Stellen — durch Schwindler dieser Art entzogen werden, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß einer ihrer typifchen Vertreter, Hubert Lergens aus Mannheim, in 4 Jahren über 1/4 Million Mark von armen Erwerbslofen eingenommen hat, was ihm einen jährlichen Reinerdienst von über 40000 Mark einbrachte. Es ift wahrlich eine geringe Sühne, daß das Landgericht Mannheim in einem am 25. September 1930 vom Reichsgericht beftätigten Urteil diesen Verbrecher mit 1 Jahr 6 Monat Gefängnis und einer Geldstrafe von 20000 Mark belegt hat. Solche Lergens laufen in Deutschland zu vielen Hunderten umher, und wenn fie auch nicht alle in gleichem Maße erfolgreich find, fo ift doch die Steuer, die unsere deutlichen Erwerbslofen allein diesen Nebenerwerbsschwindlern abgeben, ein Betrag, der erheblichlich in die Millionen hineingeht.

Jede Zeitung, die die Inserate folcher Schwindler aufnimmt, trägt mit an der Verantwortung für die fchweren Verluste, die gerade unsere notleidenden Volksgenossen jahraus, jahrein erleiden und die natürlich indirekt die Fürforgeelats der Gemeinden belasten.

In nächster Nachbarfchaft des Nebenerwerbsschwindels stehen die Kautionschwindler. Hier kann die Abhilfe nur durch

großzügige Aufklärungsarbeit erfolgen, wie fie z. B. die gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen betreiben. Die Beifpiele laffen fich beliebig vermehren. Wer würde z. B. daran denken, daß eine fo nützliche Industrie wie die der Strickmaschinen feit Jahren fystematisch von Schwindlern ausgenutzt wird? Man verkauft — vielfach zu überhöhen Preifen — an arme Frauen folche Maschinen mit dem Verfprechen, ihnen die Früchte ihrer fleißigen Arbeit zeitlos abzukaufen. Das Vertrauen dieser unglücklichen Menschen wird aber fchwer getäufcht. Denn die in zahllofen durchwachten Nächten hergefstellte Ware hat fast immer irgendwelche angeblidhe kleine Fehler, deretwegen fie überhaupt nicht abgenommen wird oder wofür lächerliche Unterpreife bezahlt werden.

Auch der Preisräffelwindel ift nicht fo harmlos, wie manche glauben. Der Mann, der fortwährend Preisräffel löst, ift nicht nur eine Witzblattfigur. Er bildet eine traurige Erifcheinung im Heer unferer Erwerbslofen, die immer wieder verlockt werden, derartigen Dingen nachzugehen und anftatt „Preife zu gewinnen“, noch Geldopfer bringen müffen.

Bei dem Darlehenswindel endlich fallen Geldfuchende, anftatt fich mit foliden Kaffen in Verbindung fetzen zu können, Nichtswürdigen in die Hände, die nicht nur abnorm hohe Zinfsätze verlangen, fondern die von vornherein gar nicht die Abficht haben, Darlehen zu geben, und nur Provisionen, Abftandsgelder, Unkostenbeiträge u. dgl. fchluden wollen.

Wir leben in einer Notzeit. Und wie in der anderen großen Notzeit der Gefchichte der „fchwarze Tod“ feine Opfer forderte, fo geht in dieser Wirtfchaftskrifis die Wirtfchaftspest der Schwindelfirmen durch das Land. — Die Verluste, die durch Schwindelfirmen entftehen, find — fo fchließt Dr. Kaufmann — fo groß, daß ihre rationelle Bekämpfung eine der besten Sparmaßnahmen ift, die getroffen werden können.

Bekanntmachungen des Verbandsvorftandes

Folgende Zahlstellen haben die Abrechnung des 3. Quartals 1931 bis zum 2. November 1931 noch nicht eingefandt:

1. Gau: Bahn, Deutsch-Erfau, Friedeberg, Heiligenbeil, Judenfifchen, Labes, Marienburg, Pritzwalk, Schivelbein, Tiltit, Wangerin.
2. Gau: Arnshorf, Biadaczow, Dibrilugf, Königswalde, Mauer, Oppeln, Croffen.
3. Gau: Auerbach, Döbeln, Pulsnitz, Sebnitz, Sproß.
4. Gau: Derenburg, Dörna, Flechtingen, Hörftingen, Kandelbrück, Mellnbad, Schlaben, Schöningen.
5. Gau: Brebentfcheid, Buer, Coblenz, Dümmlinghausen, Hamm, Hattungen, Gummersbach, Osberghausen, Thomasberg, Waldbröhl, Warne, Wefel, Wiehl.
6. Gau: Albersweiler, Asbad, Derdingen, Eberbad, Hornberg, Lörach, Lütffchenbad, Pfefferbad, Reutlingen, Stuttgart, Tiefenfteln, Saarbrücken, Sättingen, Herfchweiler.
7. Gau: Wibling, Aunftrifchen, Brand, Selbitz, Steinwiefen, Viechtach.
8. Gau: Bifchofsheim, Dietenhan, Faulbad, Rembad, Maroldsweiffach, Reiffenhausen.
9. Gau: Baumholder, Beilfteln, Berghahn, Birlenbad, Bach, Buchenau, Drieborf, Fehrlifchhausen, Flonheim, Friedberg, Geilnau, Rinn, Nieder-Ramfchadt, Ober-Widdersheim, Rodenbad, Steinau-Schlifchtern, Tiefenbad, Weitefeld, Zimhain, Oberflefen.
10. Gau: Bantorf, Braunlage, Citterhagen, Groß-Koppershausen, Hämelfchlag, Hofgeismar, Homberg/Kassel, Osterode, Oftheim, Wernsmwig, Regenborn.
11. Gau: Engter, Gutin, Heide, Ibbenbüren, Ikehoe, Kirchwenhe, Münstel/Welft, Oldenburg/Holfteln, Schleswig, Stade, Weizen, Wegefad, Werfen-Wefterkappel, Wefterfede.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Verfammlungen:

- Sonnabend, 7. November.
In Charlottenburg um 19.30 Uhr bei Köhrig, Schloßstr. 45.
- Sonntag, 8. November:
In Schlau um 13.30 Uhr im Gafthof Lud's.
- Sonntag, 15. November.
In Hifchberg (Schle.) um 14 Uhr in der alten Hoffnung (Steinfeher-Jahrgruppe, Stellung zum neuen Tarif, Abgabe der Wohlfahrtskarte).

Raumünzsch. Die Firma Kiederle, Schwarzwälder Granitwerke, hat in ihrem hiefigen Werk ganz willkürliche Lohnsätze durch Anschlag verfügt, die eine bedeutende Lohnfenkung vorfehen; fie fordert die vor Wochen entlassenen Steinarbeiter auf, die Arbeit aufzunehmen. Es handelt fich um die Pflasterfteingruppe. Ein Tarif ift nicht vereinbart worden. Der Betrieb ift infolgedessen zu meiden!

Steinach und Ochsenbrud. In beiden Orten find die Granitwerke hzw. -fchleifereien unbedingt zu meiden wegen Lohnabzügen ohne Verftändigung mit unferen Kollegen.

Schwarzenbach a. Saale. Die Firma Morgeneier & Schönert hier am Ort mutet den Steinarbeitern zu, 28 Prozent unter Tarif zu arbeiten. Die Firma ift deshalb ftrenge zu meiden!

Verftändige Reifeunterftützung wird nicht mehr gezahlt in Erfurt I (Steinarbeiter).

Hamburg. Achtung! Steinfcher und Berufslogen im Bezirk Groß-Hamburg. Beitr. Wohlfahrts-einrichtung! 1. Die Wohlfahrtsbücher müffen vom 15. November bis einschließlich 5. Dezember 1931 beim Kollegen R. Müller, Hamburg 30, Hohenluft-Chauffee Nr. 129, Hfs. 3, ptr., eingeliefert fein.

2. Das Wohlfahrtsgeld wird am 19. Dezember von 11 bis 17 Uhr, reiflos ausgezahlt.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiefen, daß eine spätere Einlieferung, wie angegeben, nicht berückfichtigt werden kann; daselbe gilt auch für die Auszahlung. Sobald die Termine abgelaufen find, wird nichts mehr angenommen und nichts mehr ausgezahlt.

Anvollkommene Sühne

Im Steinbrud des Steinbrudbesizers Hugo Claufnizer in Kaundorf (Amthauptmannfchaft Freiberg) ereignete fich am 12. Juni 1931 ein fchwerer Betriebsunfall: Der mit der Herftellung von Bohrlöchern am Fellen befchäftigte Kollege Tieke wurde von fallendem Gestein tödlich getroffen. Tieke hinterließ Frau und drei unmündige Kinder.

Der Unternehmer Claufnizer befizt außer dem Steinbrud, in dem zeitweise 70 bis 80 Arbeiter befchäftigt wurden, noch eine Mühle und ein in ausgezeichneter Verfassung befindliches Bauerngut von 120 fächfifchen Scheffeln. Trotz alledem brachte er es fertig, vor Gericht fein Jahreseinkommen mit 1000 RM. (eintausend) anzugeben. Dabei hat er auch in dem wirtfchaftlich fo ungünstigen Jahre 1931 fast dauernd zirka 30 Steinarbeiter befchäftigt. Man kann zugeben, daß Steinbrudbesizer und Landwirte gegenwärtig nicht auf Rollen gebettet find, dennoch wird man feftstellen können, daß Cl. die Haupteigenschaft der Großagrarien, immer aus vollem Halfe zu fchreien und zu klagen, vollendet befizt. In feinen Betrieben ift Claufnizer unumfchränkter Herrfcher. Auch im Steinbrudbetriebe geht alles nach feinem Kommando. Bruchmeister und Sprengmeister haben nichts zu fagen; der Betriebsrat erift recht nicht. Da die behördlichen Erörterungen des Unfalles Cl. stark belasteten, fand er vor kurzem vor den Schranken des gemeinfamen Schöffengerichtes Freiberg, das im Gafthof zum Erbgericht zu Kaundorf tagte, um im benachbarten Steinbrud die nötigen Lokalbefchäftigungen vornehmen zu können.

Aus der Beweisaufnahme ging hervor, daß am 12. 4. 1931 durch den Amtsbrudmeister Dehme aus Birna eine gewerbepolizeiliche Kontrolle der Betriebe stattfand, wobei eine Reihe Mängel feftgeftellt wurden. Cl. als verantwortlicher Betriebsleiter ift einige Tage fäter vom Gewerbeauffichtsamt fchriftlich davon in Kenntnis gefetzt worden, wobei gleichzeitig die zur Befeitigung der vorgefundenen Gefahrenquellen erforderlichen Anweisungen gegeben wurden. Bevor diese Anweisungen nicht durchgeführt feien, dürfe an der gefährdeten Stelle nicht mehr gearbeitet werden. Einige Wochen fäter wurde der Betrieb abermals vom Amtsbrudmeister in Gemeinschaft mit dem technifchen Beamten Offermann von der Steinbrudberufsgenoffenfchaft kontrolliert. Auch dabei wurden wieder erhebliche Beanstandungen und ernfte Verwarnungen erforderlich. Claufnizer felbst hatte es vorgezogen, bei beiden Revisionen zu „verblühen“ und unftichbar zu bleiben.

Nun befristet Claufnizer vor Gericht jede Schuld, da das Unglück auf ein unabwendbares Naturereignis zurückzuführen fei. Dabei wurde feftgeftellt, daß das Unglück an derselben Stelle erfolgte, deren weiterer Abbau vor Befeitigung der Gefahren durch das Gewerbeauffichtsamt ausdrücklich verboten worden war. An die Befeitigung dieser Gefahrenquellen hat Cl. aber gar nicht gedacht und auch das behördliche Abwaverbot nicht beachtet. Alles, obwohl nochmals von den beiden Revisionsbeamten und auch vom Betriebsrat darauf aufmerksam gemacht wurde. Der Betriebsratsvorftände Böhmelagte als Zeuge aus, daß er bereits im März die Befeitigung der gefährlichen „Rutfe“ von Cl. gefordert habe. Troßdem bereits am Vortage Erde und Steinfklude von der Felswand bröckelten, wurde Thieme am Unglückstage wiederum an der gefährdeten Stelle befchäftigt.

Die Beweisaufnahme, bei der zwei Sachverftändige und fünf Zeugen gehört wurden, fiel für den Angeklagten fehr ungünstig aus. Troßdem beantragte der Staatsanwalt nur eine Geldstrafe von 500 RM. Das Gericht konnte fich bei dem 1000 Mark Jahreseinkommen des Steinbrud- und Mühlenbesizers und Großbauern Claufnizer nicht einmal dazu aufschwingen, fondern erkannte nur auf eine Geldstrafe von 100 RM.

Ein erfchlagener Steinbrudarbeiter, Witwe und Waisen fcheinen demnach bei dem Gericht nicht hoch im Kurs zu fehen. Dem Herrn Steinbrudbesizer Claufnizer wäre zu wünfchen, daß ihm mindeftens ein Jahr lang der Erfchlagene samt Weib und Kindern jede Nacht im Traume erfcheinen möge. Dies würde feiner mehr zu feiner Befsehung beitragen, als die paar Mark Strafe.

Stadtprojekten. Am 22. Oktober farb nach 3 1/2-jährigem fchwerem Magenleiden unfer langjähriger Kaffierer, Kollege Leopold Herberich. Wir haben in ihm nicht nur ein fehr rühriges und treues Mitglied verloren, fondern einen Kaffierer, der einfach vorbildlich wirkte in allem feinem Tun und Lafen; peinlich in feiner Buchführung, pünktlich in allem, was damit zusammenhing. Nicht felten hat er für säumige Beitragszahler fogar aus feiner Tafche die Beiträge ausgelegt, um mit feiner Abrechnung an die Hauptkaffe am Vierteljahrsfchluf nicht der letzte zu fein. Nun ift der treue Kollege aus unferer Mitte gefchieden für immer; feinen Rat und feine Erfahrung werden wir noch manchmal vermiffen. Wenn er auch oft den lauen Kollegen, die es ja leider überall genug gibt, energifch zufehte und fe an ihre gewerfchaftliche Arbeiterpflicht erinnerte, fo hatte er dennoch feinen Feind; das brachte die Lauterkeit feines Wesens mit fich. Die Zahlstelle wird des Verstorbenen immer in Ehren gedenken, fie hat nur den fehnlichften Wunfch, daß die Launen und Flauen unter uns fich an Leopold Herberich ein Beifpiel nehmen; damit wäre auch in feinem Sinne, ja, in feinem Gedanken und feinem Wirken nachträglich noch der idealfte Lohn geleiftet.

Effen. Am 25. Oktober: Quartalsverfammlun bei Fifcher. Vorftehender van Treck eröffnet 10.30 Uhr die gut befuchte Verfammlun. Anwe fend waren 12 Steinfcher und 30 Pflasterer. Es erfolgte der Kaffenbericht, der fehr zur Zufriedenheit der Verfammlun ausfiel, da troß der fchlechten Zeit mit nur 0,09 Pfennig Minus gearbeitet wurde. Dem Kaffierer, Walter Wintgen, wurde hierauf einftimmig Entlastung erteilt. Mit der Zahlung der Invalidenbeiträge auf die Arbeitslofenbeiträge find die Kollegen nicht einverftanden, da die Invalidenbeiträge nur auf die Zahlung der vollen Beiträge Geltung haben föllen. Einem Antrage des Kollegen Stoll, die Sache zur Klarftellung dem nächften Verbandstag vorzulegen, wurde ftattgegeben. Die Zahlung der Ortsgefchenke an durchziehende Kollegen wurde aufgehoben. Da die Lokalkaffe die Zufühffe auf die Lehrlingsbeiträge nicht mehr ganz tragen kann, zahlen die Lehrlinge von jezt ab 5 Pfennig mehr. Unfer langjähriger Vorftehende, Kollege Wilh. van Treck, ift aus Gefundheitsrückfichten von feinem Posten zurückgetreten und der Kollege Hermann Neßhöfer übernahm durch einftimmigen Zuruf aus der Verfammlun den 1. Vorft. Eine politifche Meinungsverschiedenheit (in fich von tiefer Bedeutung), ausgezogen zwifchen den zwei ältesten Kollegen der Zahlstelle, brachte etwas Schwung und auch Heiterkeit in die Verfammlun. Der Kaffierer, Kollege Wintgen, ermahnte die Verfammlun, ihre Lebens-, Sterbens- und Unfallverficherung nicht in kapitaliftifche Hände zu geben, fondern hierfür komme nur allein die Volksfürforge in Frage. Am 1 Uhr konnte dann der alte Vorftehende, Kollege van Treck, die anregende Verfammlun fchließen. Generalverfammlun am letzten Sonntag im Januar 1932. (Nicht beide Seiten des Berichts befchreiten! Red.)

Rundschau

Die Silikosestaubgefahr in der Granitbearbeitung. Zwei britische Forscher, Thompson und Britten, haben umfangreiche Untersuchungen über die Staubgefahr, insbesondere über den Granit- und den Straßenaustaub angestellt. Im Rahmen einer Statistik der Lungenerkrankungen wird festgestellt, daß die Zahl der Erkrankungen in Staubgewerben zwei- bis dreimal so hoch als in sonstigen Gewerben ist. Nach ihrer Ermittlung nimmt im Granitfach die Zahl der Erkrankungen mit dem Arbeitsalter zu. Allgemeine ärztliche Untersuchungen, die an dortigen Arbeitern auf Silikose vorgenommen wurden, führten zur Beobachtung von zwei Arten der Lungenerkrankungen: die erste Form, eine deutlich ausgeprägte Silikose, tritt in einem Alter von rund 50 Jahren und 20jähriger Arbeitszeit plötzlich auf, nimmt einen raschen Verlauf und endet tödlich. Die zweite Form tritt bei jüngeren Arbeitern auf. Sie ähnelt der Krankheitsform, wie sie sich bei Personen findet, die keiner Staubarbeit ausgesetzt sind, und im Alter von 24 bis 38 Jahren sowie einer Arbeitstätigkeit von 3 bis 13 Jahren stehen. Sie beschränkt sich auf die Lungenspitzen und nimmt einen langsamen Verlauf.

Wovon leben die Arbeitslosen in Amerika? In den Vereinigten Staaten ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch. Man schätzt die Zahl der Arbeitslosen auf sieben bis acht Millionen. Da es dort keine Arbeitslosenunterstützung gibt, ist man im Zweifel, wovon diese Menschen leben. Der amerikanische Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ berichtet in Nr. 478 darüber. Er beginnt seinen Bericht mit einem Ausspruch des Leiters der freien Arbeitsbörse, in New York: „Wie sie leben, ist Mysterium.“ Ganz richtig weiß der Berichtsjahrer darauf hin, daß die beiden reichsten Staaten der Welt, USA und Frankreich, sich von der Arbeitslosenfürsorge drücken. Sie wenden sich sogar gegen ihre Schuldnerstaaten, die diese schwere Bürde zu tragen haben. Dann wird festgestellt, daß der Arbeiter in Amerika auf Selbsthilfe oder Almosenempfang von unten her d. h. von Privaten angewiesen ist. Wörtlich heißt es u. a.: „Amerika ist das Land des Kreditgebers. Wenn die Reserven des Arbeiters aufgebraucht sind, so wird zunächst der Kredit beim Lebensmittellieferanten angespannt. Diese Geschäfte sind überhaupt ganz auf „Aufschreiben“ eingestellt. Sie hoffen mit den Arbeitslosen auf bessere Zeiten und gehen zumeist sehr weit in ihren Naturaldarlehen. Sie fürchten, sonst die Kundschaft zu verlieren, nicht nur die des Arbeitslosen, sondern auch seiner Kameraden. Der Arbeitslose verpachtet seine Einrichtung — zuletzt das Auto. Im fortgeschrittenen Stadium der Hilfslosigkeit wird zur Beleihung der Lebensversicherungspolice gegriffen. . . Während der letzten 10 Jahre ist der Anteil der Frauen an der Ziffer der Gesamtbeschäftigung in diesem Lande rapide gestiegen. Auch die Kinderarbeit, man sollte es kaum glauben, hat erheblich zugenommen. Es läßt sich nicht feststellen, wieweit Arbeitslose durch arbeitsverförmige Mitglieder ihrer Familie über Wasser gehalten werden und welchen Anteil die beiden Geschlechter und die Kinder daran haben. Jedenfalls liegt da ein gut Teil Erklärung des Mysteriums. In letzter Linie kommt der Gang zur Hilfsorganisation oder zu den Behörden.“ — Diese Schilderung läßt erkennen, wie im reichsten Lande der Welt sich ein großer Teil der Bevölkerung während einer Wirtschaftskrise durchschlagen muß. Teilweise geht es den Arbeitslosen jenseits des Ozeans schlechter als den Schicksalsgenossen in Europa.

40-Stunden-Woche in USA. Nach Mitteilungen des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes haben bis jetzt 557 921 in den Verbänden der Federation of Labor organisierte Arbeiter die 40-Stunden-Woche in Gestalt der Fünftagearbeit. Die einzelnen Berufe haben daran wie folgt teil: Tischler und Zimmerer 125 000, Maler, Tapezierer, Dekorateur 76 543, Klempner und Installateure 41 076, Maurer, Bauhilfsarbeiter und Plasterer 50 748, Elektromonteur 40 000, Konfektionsarbeiter 45 000, Elevatorenbauer 10 164, Maschinenbauer 15 000.

Kommunistische Gewerkschaften in Frankreich. Wie der „Populaire“ meldet, ist der französische kommunistische Gewerkschaftsbund (CGTU), der am 8. November in Paris seinen Jahreskongreß abhält, auf rund 200 000 Mitglieder heruntergekommen. Dies wäre etwa die Hälfte seines Mitgliederstandes von 1929.

Briefkasten

Friedl. Zl. Für die Aufwertung von Sparkassenguthaben wurden seinerzeit Anmeldepflichten und Anmeldefristen von den Länderregierungen bekanntgegeben. Als Sparkassenguthaben rechnen hier nicht Sparguthaben bei Privatunternehmungen, sondern nur Sparguthaben bei öffentlichen oder staatlich beaufsichtigten Sparkassen, so vor allem bei städtischen und Kreis Sparkassen. — In den Aufwertungsgegesetzen des Reiches ist allerdings keine solche Bestimmung enthalten wie dir mitgeteilt wurde; jedenfalls ist das eine besondere bayerische Bestimmung. Wir raten, bei der Aufwertungsstelle des dortigen Amtsgerichts nähere Erkundigungen einzuziehen, das auch im Klagefall die erste Instanz ist. — Ueber die Ausführungsbestimmungen dieser verzwickten Materie in allen deutschen Einzelstaaten sind wir natürlich nicht unterrichtet.

Herm. Wenn infolge Anrechnung der Einnahmen von Angehörigen die Freigrenze zeitweise überschritten und die Kriegenerhöhung eingestellt wird, so ruht der zugrundeliegende Unterstützungsanspruch und geht nicht etwa verloren. Bei Wegfall der Hindernisse ist Antrag auf Weitergewährung zu stellen.

F. M. S. Nach der Reichsversicherungsordnung werden bei der geleglich vorgeschriebenen Familienhilfe in der Krankenversicherung als Kinder auch „die unehelichen Kinder eines männlichen Versicherten, wenn seine Vaterschaft festgestellt ist“, genannt. Also in deinem Fall liegt die Angelegenheit klar. Das weitere richtet sich nach den Satzungen (Statut) deiner dortigen Krankenkasse, inwiefern Arzt und Arztkosten für die Familienhilfe in Frage kommen. Einer besonderen Anmeldung bedarf es nicht, es genügt, wenn im Bedarfsfalle bei Lösung eines Krankenscheines für das Kind die nötigen Papiere zur Hand sind. (Dein Mitgliedsbuch von der Kasse, Geburtschein des Kindes nebst Anerkennung der Vaterschaft und Wohnungsnachweis des Kindes.)

Verheiratet. Zu deiner Anfrage diene als Antwort, was darüber Leipzig auf dem Frankfurter Kongreß vor einigen Wochen gesagt hat: . . . Die Verbitterung in den Reihen der Arbeitslosen und die Furcht der noch in Arbeit Stehenden, gleichfalls in das Heer der Arbeitslosen zu sinken, hat zu einem Kampf gegen die sogenannten Doppelverdiener geführt. Als Doppelverdiener werden nun vielfach grundsätzlich die verheirateten Frauen angesehen. Häufig ist daraus sogar ein Kampf gegen die Frauennarbeit im allgemeinen geworden. Wir haben uns dieser Auffassung bisher stets entgegen gestellt und müssen sie auch weiterhin bekämpfen. Im Hinblick auf die ungeheure Arbeitslosigkeit müssen wir natürlich auch weiterhin verlangen, daß keine Doppelverdiener befristigt werden, daß also bei Entlassungen und Neueinstellungen hierauf Rücksicht genommen wird. Dieser soziale Gesichtspunkt kann aber auch zur Geltung gebracht werden ohne den grundsätzlichen Kampf gegen die Arbeit der verheirateten Frauen.

Schotter. St. Ja, wir sind mittlerweile unterrichtet, daß die „Kartellgründung“, von der die Rede war, eine „Verkaufsgemeinschaft“ der Granitbetriebe in der Sächsischen Oberlausitz mit dem Sitz in Dresden darstellen soll; acht Betriebe sind es vorläufig, und zwar die bekanntesten, die die Gründung vollzogen haben. Die Aufmachung dieser Gemeinschaft ist ähnlich wie bei den bereits bestehenden sogenannten Unionen in der Schotter- und Plastersteinindustrie. — Im übrigen besten Dank für Ihre anderen Hinweise.

Wir kommen im nächsten „Steinarbeiter“ auf diese Gründung noch einmal zurück.

Der außergewöhnliche Ausgang der englischen Wahlen

ist nur zu erklären von dem Blickfeld der aus Rand und Band geratenen Verhältnisse der gegenwärtigen Zeit. Die große Niederlage der englischen Arbeiterpartei geht weit über Englands Grenzen hinaus. Und wenn in den Zeitungen die Nationalisten aller Länder und Richtungen den Ausgang der englischen Wahl begrüßten, so ist dies von deren Standpunkt verständlich. Daß aber auch die Kommunisten einen Jubelruf ausstoßen, obwohl sie keinen einzigen Kandidaten durchbekommen haben und mit ihren 60 000 Stimmen nur eine ganz geringe Minderheit bilden, dürfte bezeugen, mit welchen verrückten Zuständen wir es heute zu tun haben. Die englische Arbeiterpartei hatte im letzten Parlament 265 Sitze inne. Sie vermochte jetzt nur noch 52 Kandidaten durchzubringen. Die Partei der englischen Tories, die Konservativen, hat etwa neun Zehntel sämtlicher Sitze im englischen Unterhaus zu erringen vermocht. Die internationale Arbeiterbewegung hat bei den englischen Wahlen eine Niederlage erlitten. Das ist die Sachlage, wie sie gesehen werden muß.

Wenn wir aber an dieser Stelle zu den Dingen Stellung nehmen, so müssen wir auch zu erklären versuchen, wie es zu jener Niederlage gekommen ist. Das Uebergewicht der Konservativen im Unterhaus liegt am englischen Wahlsystem. Bestände in England die Verhältnismäßigkeit in Deutschland, so würden die Konservativen nur etwa 55 v. H. der Mandate erobert haben. Die Labour Party hätte nicht 52, sondern 200 Mandate. Dies zur Erklärung des verfallenen Wahlergebnisses. Die englischen Wahlen sind als Wahlen der Verzweiflung bezeichnet worden. Das waren sie in der Tat. Wenn man dies richtig erfassen will, muß man ausgehen von den Umwälzungen, die in England in den Jahren nach dem Kriege erfolgt sind. Das stolze britische Reich tracht in allen Fugen. Die jetzigen Wahlen haben gezeigt, daß die vermeintliche Unabhängigkeit Englands von den europäischen Geschicken tatsächlich nur ein Traum war. Großbritannien ist auf Gedeih und Verderb mit dem alten Erdteil verbunden und wird von dessen Wirren und Schwierigkeiten bis in seine Grundfesten erschüttert. Mehr als einmal hat das englische Volk in der Geschichte in Stunden der Gefahr einen geschickt ausgegebenen Sammelparole Folge geleistet. Die Konservativen und mit ihnen der größte Teil der Liberalen und die abgesplitterten Mitglieder der Labour Party gaben die Parole aus, daß England vor einem Abgrund stünde und gleiche Verhältnisse wie 1914 angebrochen seien. Die Wirren der gegenwärtigen Zeit haben mit 1914 nur das gemein, daß die überrippte europäische Krise diesmal wie damals von Österreich ausgegangen ist. Der Fall der österreichischen Credit-Anstalt, die deutsche Bank- und Finanzkrise und die Lösung des Pfundes vom Goldstandard waren eine Kette einer in sich verknüpften internationalen Wirtschaftskrise.

Hinzu kam, daß die Grundlage der englischen Wirtschaft immer mehr zu schwinden beginnt. Die stabile Basis Großbritanniens war: das englische Weltreich, die Herrschaft zur See, der Exporthandel und schließlich der englische Finanzmarkt. Das englische Weltreich offenbart einen Zerfallsprozess, wie er bis dahin noch niemals zu verzeichnen war. Die einzelnen Glieder dieses in Jahrhunderten zusammengebrachten Imperiums lockern sich aus verschiedenen Gründen immer mehr voneinander. Die Herrschaft Englands zur See ist ebenfalls in Frage gestellt. Der Matrosenstreik hat die Brüchigkeit dieses Systems noch stärker hervortreten lassen. Die Abmachungen mit Amerika haben schließlich auch nach außen zu erkennen gegeben, daß die englische Flotte auf das Prädikat „Alleinherrscherin zur See“ zu sein, keinen Anspruch mehr erhebt. Wie es mit dem englischen Exporthandel steht, dürfte hinreichend bekannt sein. Die englische Industrie und mit ihr der englische Handel werden auf allen Gebieten zurückgebrängt. Was dies bedeutet, dürfte daraus ersichtlich sein, daß jeder fünfte Engländer bisher von der Warenzufuhr seines Landes lebte. Bleibt noch der englische Finanzmarkt. Dieser hat durch die Lösung der Währung vom Goldstandard einen empfindlichen Stoß erlitten. New York und Paris sind heute die Konzentrationen der internationalen Finanz. Es ist hierüber in der letzten Zeit so viel geschrieben worden, daß der Verlust der Stellung Englands als Weltbankier einem jeden aufmerksamen Beobachter bekannt sein wird.

Wenn wir so die anders gearteten Verhältnisse Englands auf wirtschaftlichem Gebiete kurz gestreift haben, so dürfte erklärlich sein, wie eine Sammelparole, die eine entscheidende Besserung einleiten sollte, auf die Empfindlichkeit der breiten Masse Englands gewirkt hat. Die Arbeiterregierung ist für all das verantwortlich gemacht worden, was in den letzten 15 Jahren über England, seine Weltstellung und seine Wirtschaft hinweggebraut ist. Es hat wenig Zugkraft gehabt, daß die Arbeiterregierung darauf verweisen konnte, welche Erfolge sie in den zwei Jahren auf dem Gebiete der internationalen Politik errungen hat. Auch ist wenig beachtet worden, daß die verlassene Regierung alle Schwierigkeiten zu meistern in der Lage war und die Wirtschaftskrise für das englische Volk einigermaßen tragbar zu machen verstand. Den größten Stoß erhielt die englische Arbeiterregierung durch den Streit des internationalen Finanzkapitals. Amerikanische und französische Großkapitalisten haben sich geweigert, die englische Währung weiter zu stützen, wenn wichtige soziale Reformen nicht rückgängig gemacht würden und der Lebensstandard der englischen Arbeiterschaft nicht auf ein tiefes Maß herabgesetzt wird. Was dieser Vorstoß der internationalen Hochfinanz im September einleitet hat, ist am 27. Oktober beendet worden.

Nummehr herrscht die Partei der besitzenden Klasse in England unumschränkt. Sie wird auf Grund ihrer überragenden Mehrheit alle die Gesetze und Maßnahmen durchführen, die jene Klasse als notwendig erachtet. Im Vordergrund steht die Einführung des Systems der Schutzzölle. Die Frage Schutzzölle oder Freihandel hat die englische Politik seit Jahrzehnten beherrscht. Die Einführung lückenloser Schutzzölle konnte dennoch immer wieder verhindert werden, weil eine tragbare Mehrheit im Unterhaus niemals vorhanden war. Jetzt ist sie da. Es steht also der Verwirklichung dieses Wunsches einer mächtigen Schicht in England nichts mehr im Wege. Alle jene Länder, die aus dem englischen Freihandel bisher Nutzen zu ziehen vermochten, werden die Veränderung der englischen Wirtschaftspolitik recht bald zu spüren bekommen. Der lebhafteste Beifall der internationalen Hochfinanz wurde aber aus dem Grunde gespendet, weil man nunmehr sicher zu sein glaubt, daß die englische Währung recht bald wieder gefestigt sein wird. Das englische Volk hat deshalb so gestimmt, weil es eine heillose Angst vor der Inflation hat. Das wichtigste Argument, welches ein Redner in den englischen Wahlversammlungen zur Verfügung hatte, war die Schilberung der Wirkungen der Inflation in Deutschland. Einzelne Redner, darunter Macdonald, haben Bündel deutschen Inflationsgeldes während ihrer Wahlreden geschwungen, und soll die Wirkung dieser Millionen- und Milliardenstücke, für die sich ein deutscher Arbeiter unmittelbar nach der Herausgabe noch nicht einmal einen Laib Brot kaufen konnte, auf die Zuhörer derartig gewirkt haben, daß sie sich schworen, England unter allen Umständen vor derartigen Zuständen zu bewahren.

Die Niederlage der englischen Arbeiterbewegung ist eine Niederlage der Arbeiterschaft aller Länder. Aber auch die internationale Sozialpolitik hat eine Niederlage erlitten. Der Abbau der sozialpolitischen Gesetze in England wird für die reaktionären Strömungen aller Länder eine direkte und indirekte Hilfe sein. Aus diesen Feststellungen muß sich die Folgerung ergeben, daß dieser von den englischen Wahlen ausgehende Stoß der Reaktion durch außergewöhnliche Anstrengungen wettgemacht werden muß. In England sind klare Fronten entstanden. Die Arbeiterpartei wird sich auf einer neuen Grundlage zu einem Wiederaufstieg rufen. In jedem andern Lande aber muß diese Wahl eine Warnung und zugleich ein Appell sein zu energischem Auftreten, die internationale Welle der Reaktion an dem Wehr der Arbeiterbewegung zu zerbrechen zu lassen.

Bücher und Zeitschriften

Die Angestelltenbewegung 1928 bis 1931. Herausgegeben vom Allgemeinen freien Angestelltenbund im Freien Volksverlag, G. m. b. H., Berlin NW. 40, Werftstraße 7. 400 Seiten in Großformat. Ladenpreis 10 Mark. Preis für Mitglieder der AVB-Verbände 7 Mark.

Der AVB-Bundesvorstand legte dem 4. AVB-Gewerkschaftskongreß, der vom 5. bis 7. Oktober in Leipzig tagte, wiederum seinen Geschäftsbericht in Form eines Gedichtes und Handbuchs der Wirtschaft-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung vor. Dieses umfangreiche Werk berichtet über die Arbeit des AVB-Bundes in den Jahren 1928, 1929 und 1930, also über eine Zeit schwieriger gewerkschaftlicher Tätigkeit. Er führt den Nachweis, daß es trotz der bis zum Frühjahr 1931 gelungen ist, nicht nur die zahlreichen Angriffe abzuwehren, sondern einen vermehrten Angestelltenstreik durchzuführen. Dabei wird auf den Kampf um die Leistungen der Angestelltenbewegung, auf die Gefährdung der Unabhängigkeit des Gewerkschaftsbundes, auf die Maßnahmen über den Krankheitsfall verwiesen. Besondere Beachtung müssen die Maßnahmen über den Arbeitslohn und den Arbeitslosenlohn finden. In den Darlegungen über die einzelnen Phasen der Auseinandersetzungen über die Arbeitslosenversicherung spiegelt sich die enge Verbindung zwischen der Arbeit der Gewerkschaften und der politischen Kraftentfaltung. Im Hinblick auf das 10jährige Bestehen des AVB-Bundes bringt der vorliegende Bericht erstmalig Darlegungen über die Geschichte der einzelnen dem AVB-Bund angeschlossenen Verbände. Die Aktivität der Berufsverbände und der eisernen Wille der Gesamtbewegung, der durch die Tätigkeit des AVB-Bundesvorstandes zum Ausdruck kommt, macht es möglich, daß die AVB-Mitgliedszahl sich in der Berichtszeit noch außerordentlich günstig entwickelt hat. Im Jahre 1928 zählte die AVB-Verbands 411 766 Mitglieder. Diese Zahl ist im Jahre 1931 auf 477 300 Mitglieder gestiegen. Ein deutliches Zeichen der organisatorischen Kraft der Gesamtbewegung. Dieses großartige Buch ist für die Öffentlichkeit, in erster Linie für Gewerkschafter und Politiker, von großer Bedeutung, bietet eine Fülle von wichtigem Material.

Die Außenpolitik der Nationalsozialisten. Verlag der AV-Korrespondenz, Berlin NW. 87, Siegmundshof 12. (Verfasser: Dr. Helmut Klotz.) Der Einzelpreis beträgt 60 Pfennig.

Die besondere Bedeutung der vorliegenden Schrift ist es, daß Hitler und die Großen seiner Partei höchstselbst über ihre Gedanken und Pläne zu einer nationalsozialistischen Außenpolitik zu uns sprechen. Aus dem Schrifttum und den Reden der NSDAP hat der Verfasser alles das zusammengestellt und geordnet, was die Frage der deutschen Außenpolitik — im besonderen: das Problem Deutschland — Frankreich, das gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt als die große Schicksalsfrage Deutschlands, Europas und der Welt sich erweist — unmittelbar und mittelbar berührt.

Wer die Schrift liest, ja: wer überhaupt sich mit der „Außenpolitik“ der Nationalsozialisten befaßt hat, der wird verstehen, daß es dem Verfasser verlagst bleiben mußte, eine Darstellung der politischen außenpolitischen Linie der Hitler-Partei zu geben — eben weil diese „Linie“ völlig fehlt. Dr. Klotz hat darauf verzichtet, eine Kritik der nationalsozialistischen Außenpolitik unter dem Gesichtspunkt oder auch nur unter besonderer Hervorhebung seiner eigenen Meinung zu üben, er hat sich vielmehr darauf beschränkt, die Widersprüche, die vollendete Unwahrscheinlichkeit und den verbrecherischen Wahnsinn der nationalsozialistischen Außenpolitik aufzuzeigen und an den Reden und Schriften der nationalsozialistischen Führer zu belegen.

Und die Außenwendung? — Mein schon aus zwingenden außenpolitischen Gründen würde es die politische und — beinahe noch mehr — die moralische Katastrophe Deutschlands bedeuten, wenn heute oder in der Zukunft irgendeine Partei oder eine politische Persönlichkeit sich fände, die Herrn Hitler in den Sattel der Reichsregierung verhehlen sollte. Ein Kabinett, das auch nur unter dem mittelbaren Einfluß der Nationalsozialisten zustandekommt, wäre kreditunwürdig vor der Welt.

Adressenänderungen

5. Gau: Essen. Vorz.: Hermann Rehhöfer, Bredowstraße 16.

Anzeigen

Zahlstelle Koepenick

Die Wohlfahrtskarten werden in unserm Versammlungslokal Karl Waldow, Koepenick, Berliner Str. 19, am Sonnabend, dem 7. November, von 18 bis 20 Uhr, abgegeben. Die Versammlung am 22. November fällt aus. Nächste Versammlung wird noch bekanntgegeben. I. A.: R. Krahl.

Seit 10 Jahren Spezialfertigt Stahlschuhhandlungsbund Garantie für jedes Paar hochwertiger Qualität reelle Beliefer. M. 14.75 portofr.

Nichtgeall. gegen Betrag zurück. Herm. Weibers Berufsschuhwerk Bad Godesberg



Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertasche 11.50 Mk. aus II-Drahtleder 8.— u. 6.— Mk. **Mauersocken** 1.10 Mk. **Echt Lindner-Manchesterhosen** Qual. 15.—, II 11.50, III 10.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus. Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hoffaldt, Dresden 6, Ritterstr. 2** (Spezialfabrik für Bekleidungs)

Es ist erschienen:

Der sozialdemokratische Abreißkalender 1932

In Kupfertiefdruck hergestellt. Er bringt historische Daten aus der Arbeiterbewegung, astronomische Angaben (Sonnenauf- und -untergänge, Mondphasen, Planetenbewegung usw.). Gute Bilder beleben den Kalender, so daß er in jedem Haushalt, in jedem Büro eine Zierde darstellt. Der Kalender kostet 2.— RM. Zu haben in allen Parteibuchhandlungen.

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstah Rammen, Brechstänger und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau lieter auch nach außerhalb **Otto Teske, Berlin N 31** Brunnenstraße 82

Die Bezugsquelle für alle

des In- und Auslandes ist für jeden unserer Berufskollegen und seinen Angehörigen die **Verlagsgesellschaft des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes**, Berlin S 14, Inselstraße 6a. Man wende sich deshalb im Bedarfsfalle vertrauensvoll an die genannte Adresse.

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht Redaktion.)
- Mayen. Am 2. Oktober der Steinmetz Joseph Hennerici, 67 Jahre alt, Herzlähmung. — Am 3. Oktober der Steinmetz Franz Karbach, 56 Jahre alt, 8 Tage krank, Magenengeschwür.
 - Bergrothenfels. Am 9. Oktober der Sandsteinmetz Ludwig Schiek, 48 Jahre alt, 15 Monate krank, schwere Staublung.
 - Löbau. Am 11. Oktober der Granitsteinmetz Hermann Rätze, 52 Jahre alt, 6 Wochen krank, Magenkrebs.
 - Nürnberg. Am 19. Oktober der Steinsetzer Leonhard Birkmann, 31 Jahre alt, Freitod.
 - Stadtprozelten. Am 22. Oktober der Sandsteinmetz Leopold Herberich, 54 Jahre alt, 3 1/2 Jahre krank, Magenkrebs.
 - Strehlen. Am 23. Oktober der Hilfsarbeiter Heinrich Stache, 58 Jahre alt, 136 Wochen krank, Asthma.
 - Leipzig. Am 24. Oktober der Hilfsarbeiter Adolf Espenhain, 76 Jahre alt, Altersschwäche.
 - Grimma. Am 24. Oktober der Pflastersteinmacher Edmund Rudolf, 43 Jahre alt, 6 Tage krank, Lungenentzündung.
 - Kappelrodeck. Am 23. Oktober der Granitsteinmetz Wilhelm Gäbler, 63 Jahre alt, 10 Monate krank, Magenkrebs.
 - Klötze. Am 25. Oktober der Steinsetzer August Lüdecke, 52 Jahre alt, 10 Monate krank, Wassersucht.
 - München. Am 25. Oktober der Schleifer Joseph Dambacher, 64 Jahre alt, 8 Tage krank, Wassersucht.
 - Elgershausen. Am 27. Oktober der Pflastersteinmacher Johannes Barthel, 72 Jahre alt, Herzschlag.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag Ernst Wiedler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft im Jahre 1930

Der Jahresbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft erstreckt sich in einem Sonderheft auch über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und die Maßnahmen für die erste Hilfe...

In den Basaltbrüchen ist eine besondere Unfallart in Erscheinung getreten, weil beim Verladen, bei nassem Wetter die Steine aus den Händen gleiten, wodurch eine plötzliche Entspannung der Rückenmuskulatur eintritt...

In Steinbrüchen ist die Unfallgefahr bekanntlich groß, sie wird sogar von alten eingearbeiteten Facharbeitern unterschätzt, die bei der Steingewinnung und Steinbearbeitung den größten Teil ihres Lebens zugebracht haben...

Ganz richtig bemerkt der Technische Beamte von der Sektion IX: „Der ständig fortschreitende Abbau in den Steinbrüchen und die dadurch bedingten Veränderungen der Bruchwände lassen sich nicht mit den Unfallgefahren anderer Industrien, die an ortsfeste Maschinenanlagen gebunden sind, vergleichen...“

Einen anderen eigenartigen Vorgang, dem wir natürlich durchaus keine Nachahmung wünschen berichtet die Sektion X: „Vielfach fehlen dem Unternehmer die Mittel zur rechtzeitigen Herstellung des vorchriftsmäßigen Grubenzustandes...“

Es folgen dann im Bericht einige Schilderungen bedeutsamer Einzel- und Massenunfälle, von denen wir nur zwei bei der Steingewinnung herausgreifen wollen...

In einem Basaltbruch war gesprengt worden. Bei Beginn der Schicht wurden zwei Arbeiter beauftragt, in einer Ecke der Bruchwand loses Material, das von der Schieferarbeit hängen geblieben war, zu entfernen...

In einem unterirdischen Raststeinbruch waren in einem Querschlag von 2,60 m Breite und 7 m Länge 20 cm starke Wulstschalksteinbänke unter der harten, tonigen Firse beschüttet...

Eine nach unserer Auffassung ganz selbstverständliche Forderung enthält der Bericht, nämlich, daß „nur bei ordentlich zugelassener Sprengstoffe und Zündmittel in den Betrieben Verwendung finden dürfen“...

Bei den Betriebsrevisionen handelt es sich vielfach um Beschwerden der Arbeiter, die fast durchweg begründet waren und abgestellt wurden. Aus dem Revisionsbericht kann entnommen werden, daß in einigen Sektionen die Beamten ihre Revisionsstätigkeit mit gemeinamen Aussprachen, die der Aufklärung dienen, verbinden...

Betriebe, die wegen besonders großer Gefahren Anlaß boten, sind wiederholt — bis zu 11mal im Jahre — befristet worden. Der erstmalig revidierte Betrieb im Bezirke der Sektion VIII (Breslau) ist derselbe Basaltbruch, der im Jahre 1929 10mal revidiert worden ist...

Auch im Jahre 1930 mußten eine Anzahl Bestrafungen — 93 — gegen Unternehmer anhängig gemacht werden nach § 851 und 857 der RVO, von denen 80 beim Abschluß des Berichtes rechtskräftig geworden sind...

Gefragt wird von den Technischen Aufsichtsbeamten allgemein, daß viele Versicherte die rechtzeitige Unfallmeldung unterlassen, warten damit oft bis die Wunde sich entzündet hat...

Ein unglaublicher Vorgang, zu dem gerade der Aufsichtsbeamte hinzukam, wird aus der Sektion III geschildert: „Als der Techn. Aufsichtsbeamte im Bezirk der Sektion III sich einen Porphyrbuch bei nebligem Wetter näherte, krachte ein Schuß...“

Ein besonders uns interessierendes Kapitel im Bericht ist das über „Gesundheitsschädliche Einflüsse und Berufskrankheiten“. Der Bekämpfung des Steinstaubes wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet...

Die Staubbelastungen in Schotterwerken wurde weiter bekämpft. Die Verhältnisse haben sich durch die hohen Anforderungen der Verbraucher an den Splitt erheblich gebessert. Der moderne Teerstrahnbau verlangt einen staubfreien, teilweise sogar gewaschenen Splitt...

Aus der Sektion III wird berichtet, was auch wohl für alle Sektionen zutrifft: „Trotz der ausgedehnten Verwendung von Pressluftwerkzeugen sind Meldungen über Erkrankungen der Brust, Gelenke und Knochen durch Arbeiten mit diesen Werkzeugen nicht eingegangen...“

Gefragt wird auch darüber, daß teilweise die Wichtigkeit des Verbandsmaterials übersehen wird und in mangelhaftem Zustand sich befindet. Anlauber aufbewahrt, verdorbene Arzneimittel mußten beseitigt und gute Verbandsstoffe zur Anschaffung empfohlen werden...

Von einigen Beamten der Berufsgenossenschaft wird darauf besonders gesehen, daß „Abendkurse auch an kleineren Orten abgehalten werden, in deren Umgebung sich zahlreiche Steinbruchsbetriebe befinden“...

Das gute Hand-in-Hand-arbeiten mit den Gewerbeaufsichtsbeamten wird besonders hervorgehoben, hier und da mußten auch Polizeibehörden veranlaßt werden, den Revisionsbeauftragten den nötigen Nachdruck zu verleihen...

Das Vorstehende ist nur ein knapper Auszug aus dem eingangs erwähnten Sonderheft, das — abgesehen von der dauernden Fortgleichstellung der im Grunde doch sehr verschiedenen Begriffe vom Sprengen und Schießen — was sich einige Techn. Aufsichtsbeamte einschließlich der höheren Stelle ansehend nicht abgewöhnen können...

Die im vergangenen und diesem Jahre zahl- und umfangreich durch die Reichs- und Landesregierungen erlassenen Notverordnungen haben fast durchweg auf allen die Arbeitnehmer betreffenden Gebieten Verschlechterungen gebracht. Ganz besonders war das mit dem 1. 10. 1927 in Kraft getretene Arbeitslosenversicherungsgesetz Änderungen unterworfen...

Neue Bücher

Praxis des Arbeitsschutzes und der Gewerbehygiene. Von Hermann Siebel, Dr. v. Weger, Brodnitz und Ludwig Preller. Umfang 223 Seiten, mit 42 Zeichnungen im Text und 5 Tabellen in besonderer Tabelle. Berlin 1931. Preis in Leinen geb. 3,50 Mark, Organisationspreis 2,60 Mark...

Aus der Tätigkeit der Abteilung für Berufskrankheiten am Städtischen Krankenhaus Ludwigshafen a. Rh.

Unter dieser Überschrift veröffentlichte der Oberarzt Dr. Kurt Köhling im Septemberheft des Zentralblattes für Gewerbehygiene und Unfallverhütung eine recht interessante ausführliche Uebersicht, der wir, soweit Steinbrucher und Steinhauer in Frage kommen, einiges entnehmen. Von 244 Kranken, die zur klinischen Beobachtung dem Krankenhaus von Berufsgenossenschaften, Versicherungsamt und Krankenkassen überwiesen wurden...

Abschließend und zusammenfassend zu all den beobachteten 244 Berufserkrankten überhaupt, bei denen 29 Krankheitsarten in Frage kamen, sagt dann der bekannte Oberarzt und Gewerbehygieniker Dr. Köhling:

Ein zahlreiches und vielseitiges Material an gewerblichen Berufserkrankten gestattete es, wertvolle Beobachtungen und Erfahrungen zu sammeln. In einer ganzen Reihe bisher unklarer Krankheitsbilder konnte durch klinische Beobachtung eine Klärung herbeigeführt werden. Bei den oft sehr schwierigen Feststellungen des Zusammenhanges zwischen Erkrankung und eventueller gewerblicher Schädigung wurde stets großer Wert darauf gelegt, daß der geeignete Arzt die Möglichkeit erhielt, die in Frage kommenden Berufserkrankten schwerer Natur mit längerem Fortbestehen von Folgeerscheinungen wurde ärztlicherseits das Ziel verfolgt, den Kranken, die nach Entlassung aus der ärztlichen Behandlung noch in mancher Beziehung unter den Nachwirkungen ihrer Erkrankung litten, vorübergehend Arbeitsplätze zu beschaffen...

Das hier abschließend Gesagte, besonders im letzten Teil, trifft für berufserkrankte Steinarbeiter nicht zu; zumal deren Krankheit im Stadium III keinen „vorübergehenden Arbeitsplatz“ mehr erfordert. Bei aller Hochachtung vor der Wissenschaftlichkeit des Oberarztes Herrn Dr. Köhling muß hier aber doch auch bemerkt werden, daß sehr viele Sandsteinarbeiter aus den dortigen Steinbruchsbezirken, die infolge ihrer mörderischen Berufsarbeit auf dem letzten Loche pfeifen, keine gute Erinnerung an Dr. Köhling als maßgebenden Arzt in sich tragen.

Notverordnung und Betriebsrätegesetz

Die im vergangenen und diesem Jahre zahl- und umfangreich durch die Reichs- und Landesregierungen erlassenen Notverordnungen haben fast durchweg auf allen die Arbeitnehmer betreffenden Gebieten Verschlechterungen gebracht. Ganz besonders war das mit dem 1. 10. 1927 in Kraft getretene Arbeitslosenversicherungsgesetz Änderungen unterworfen. Dabei wurde auch die Sozialversicherung in Mitleidenschaft gezogen. Satten auch die einzelnen Bestimmungen der Unfall- und Invalidenversicherung keine Veränderung erfahren, so wurde bereits mit der Novelle zum ArbZG vom 12. 10. 1929 die Anrechnung der Renten, soweit dieselben 30 RM. monatlich überschreiten, bestimmt. Mit der RVO vom 5. 6. 1931 wurde der freibleibende Betrag von 30 RM. auf 15 RM. herabgesetzt. Mit letztgenannter Notverordnung, die eine Menge von Verschlechterungen mit sich brachte, wurde auch das Betriebsrätegesetz, soweit dieses den Entlassungsschutz (§§ 84—87 u. d. HGB, mit § 74) der Arbeitnehmer betrifft, in Mitleidenschaft gezogen. § 113 Abs. 4 des ArbZG befugte, daß Ersatz für besondere Leistungen nicht im Sinne des Gesetzes gelten, sofern diese als Entschädigungen aus § 87 Abs. 2 des ArbZG. und solche aus § 74 des Handelsgesetzbuches zu gewähren waren.

Nach genannten Paragraphen des Betriebsrätegesetzes ist der Arbeitgeber verpflichtet, sofern das Arbeitsgericht unbillige Härte in der Entlassung des Arbeiters anerkannt hat, den Arbeiter wieder einzustellen oder für jedes Jahr, das der Arbeitnehmer dort beschäftigt war, 1 Monat, jedoch nicht mehr als 6 Monate Lohn zu bezahlen. Hat der Unternehmer letzteres gewählt, so konnte dem Arbeitnehmer der Betrag, den er dadurch ausgezahlt erhielt, auf die eventuell seit der Entlassung bezogene Arbeitslosenunterstützung nicht in Anrechnung gebracht werden. Mit dieser Vergünstigung hat die Notverordnung der Reichsregierung vom 5. 6. 1931 aufgeräumt.

Die hierbei eingeparteten Beträge werden im Vergleich zum Etat der Reichsanstalt in gar keinem Verhältnis stehen. Dieses um so mehr, weil durch die Heranziehung der Entschädigungssumme für die Arbeitslosenversicherung die an sich schon wenigen Einprüche gegen unberechtigte Entlassung noch seltener werden. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß durch diese Maßnahme des öfteren bei unberechtigten Entlassungen von Arbeitnehmern vom Einpruch Abstand genommen wird, da doch der größte Teil des bei einem obliegenden Urteil zu erhaltenden Betrages der Reichsanstalt zufließen würde. Das Ergebnis der Notverordnung zu dieser Frage bringt demnach nicht der Reichsanstalt den erstrebten Vorteil, sondern den willkürlichen Arbeiter entlassenden Unternehmern.

Jugend, Achtung! Die Verleumdungswelle steigt!

Es ist bekanntlich viel einfacher, Behauptungen aufzustellen, als sie zu widerlegen. Es ist auch erfahrungsgemäß leichter, über eine Person oder Organisation Verleumdungen zu verbreiten, als diese Verleumdungen zurückzuweisen. Selbst wenn Verleumder durch gerichtliche Urteile bestraft und zu Erklärungen gezwungen werden, in denen sie ihre eigenen Behauptungen als falsch — eben als Verleumdungen — anerkennen müssen — die Wirkung der durch die Rede oder Schrift verbreiteten Verleumdungen wird und kann nicht mehr beseitigt werden. Von Verleumdungen und Heße lebende Personen, Parteien oder sonstige Vereinigungen wissen das. Sie sind oft in Gerichtsverhandlungen bereit, alle Behauptungen „mit dem Ausdruck des Bedauerns“ zurückzunehmen, weil ihnen bekannt ist, daß nur ein Bruchteil derjenigen Menschen, zu denen ihre Verleumdungen gelangen, von ihrem Rückzug oder ihrer Niederlage vor dem Gericht etwas erfährt. Diese Leute wissen aber auch, daß immer noch die Mehrzahl des Volkes das gedruckte Wort, sei es in Zeitung, Flugblatt oder Broschüre, wie ein Dokument ansieht, in dem nur die Wahrheit gelagt wird. Die Masse hat keine Vorstellung und kann sie nicht haben über die Bedingungen und Umstände, unter denen so manches Nachwort entsteht.

Wenn schon im allgemeinen, besonders im politischen Kampf, auf die Leichtgläubigkeit der Masse gerechnet wird, so gilt dies vor allem, wenn es sich um die Jugend handelt. Es ist geradezu ungläublich, was manche Jugendzeitschriften sich in dieser Hinsicht leisten. Wer z. B. aus beruflichen Gründen regelmäßig das Blatt der kommunistischen Jugend „Die Junge Garde“ durchzusehen hat, der wird erschüttert sein von dem geistigen Tiefstand der Schreiber, die hier ihre plumpen und dummen Erfindungen, ihre Lügen und Entstellungen dauernd verapen; noch mehr erschüttert allerdings davon, daß Massen von Jugendlichen solchem Phrasenbrei ausgeliefert sind, ohne über dessen wahren Charakter aufgeklärt werden zu können.

„Der A. D. G. B. - Kongress für Arbeitsdienstpflicht“ lautet z. B. eine Schlagzeile in der „Jungen Garde“, die dann selbst über Anträge zum Gewerkschaftskongress berichtet, die sich gegen Arbeitsdienstpflicht und freiwilligen Arbeitsdienst wenden. „Ein Kongress der Jugendfeinde“ nennt man den kürzlich stattgefundenen Gewerkschaftskongress weiter und begründet diese Jugendfeindlichkeit damit, daß der Bundesvorsitzende, Rolfe Leipart, sich in seinem Tätigkeitsbericht mit warmen Worten der Not der erwerbslosen Jugend zuwandte und von Staat und Gesellschaft dringende Maßnahmen forderte, die die Einreihung der Jugendlichen in Beruf und Wirtschaftsleben ermöglichen. „Sorgen um den Nachwuchs des Kapitalismus“ nennt dasselbe Blatt ein Vortragen, das den Hunderttausenden von Arbeiterkindern berufliche Ausbildung und Vorbereitung für das Erwerbsleben sichern will, wenn vom Kongress in einer einstimmigen angenommenen Entschließung gefordert wird:

„Im Berufsausbildungsgesetz ist der Vorrang des Tarifvertrages eindeutig sicherzustellen und die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lehrlingsausbildung zu gewährleisten.“

Weiter fordert der Kongress erneut den gesetzlichen Urlaubsanspruch von mindestens 12 Tagen für die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen und mindestens 18 Tagen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter Weiterzahlung des Lohnes. Dabei ist durch Einbeziehung der Mitwirkung der Gewerkschaften Vorsorge zu treffen, daß dieser Rechtsanspruch unabhängig von einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses gegeben ist.“

„Leipart dankt Stegerwald für die Verkündung des Kohlrübenwinters“ lautet eine andere Gemeinheit der genannten Jugendzeitschrift. Daß Leipart als Kongressvorsitzender dem Reichsarbeitsminister dankte für seine träftigen Worte gegen die hohen Gehälter und Einkommen in den Wirtschaftsunternehmen, für die Ankündigung, daß bei diesen Großverdienern „sehr stark mit gesetzlichen Mitteln nachgeholfen werden muß“, um sie zu den der Not der Zeit entsprechenden Opfern bereit zu machen, davon liest man natürlich in der „Jungen Garde“ nichts.

Manchmal ist man sich bei der Durchsicht dieses Blattes im Zweifel, ob Dummheit und Unwissenheit die Feder der hier angelegten Schriftsteller-Lehrlinge führen, deren festes Gehalt sicher erheblich höher als ein Lehrlingslohn ist, oder ob es sich um bewußte Lügen und Verdrehungen handelt. Man faßt z. B. von einer „Massenflucht der Junggewerkschafter“ und behauptet u. a., der Metallarbeiter-Verein habe im letzten Jahre 6000 jugendliche Mitglieder verloren. In Wirklichkeit aber hat nach dem Jahrbuch des A. D. G. B. für 1930 diese Gewerkschaft die Zahl ihrer jugendlichen Mitglieder von 76 242 am 31. Dezember 1929 auf 77 012 Ende 1930 steigern können. Daß bei anderen Gewerkschaften infolge des Rückgangs der Lehrlingshaltung (z. B. in den Bau- und graphischen Gewerben) notwendigerweise auch nur weniger Lehrlinge als sonst organisiert sein können, sieht jeder Mensch ohne weiteres ein, nur die Schriftleitung der „Jungen Garde“ erkennt an diesem Rückgang die erhoffte „Massenflucht“.

Ein Antrag der Leipziger Metallarbeiter verlangt vom Gewerkschaftskongress, daß er sich gegen den Religionsunterricht an den Berufsschulen aussprechen soll (was bekanntlich die Gewerkschaften seit je tun). Hierzu schreibt die „Junge Garde“: „Der Antragsteller vergißt dabei ganz zu sagen, daß unter der Herrschaft des sozialdemokratischen Kultusministers Grimme in Preußen der Religionsunterricht für Berufsschüler eingeführt wurde. In einem Antrag zur Berichtigung der empörten Junggewerkschafter darf freilich so etwas nicht stehen. Das ist verständlich.“ Soviel Unwissenheit und Verlogenheit, wie sie in diesen Sätzen steht, ist wohl kaum je beieinander gefunden worden. Wenn in Bayern und Württemberg Religionsunterricht im Lehrplan der Berufsschulen steht, so ist jedem anderen als dem Schreiberlehrer in der „Jungen Garde“ klar, daß ein preußischer Minister nicht daran schuld sein kann. Denkt man aber an Preußen selbst, wo seit dem Jahre 1897 der Religionsunterricht als eine freiwillige Einrichtung der Kirchen an Fortbildungs- und Berufsschulen möglich ist, so erkennt man, daß auch hieran der Minister Grimme nicht die Schuld tragen kann, da Grimme damals gerade erst das schulpflichtige Alter erreicht haben kann, und es überhaupt noch keine sozialdemokratischen Minister gab. Hinzu kommt noch die Tatsache, die die Schriftleitung der „Jungen Garde“ von einem ihrer Genossen Landtagsabgeordneten sicher hätte erfahren können, daß die Berufsschulen in Preußen nicht dem Kultusminister, sondern dem der Staatspartei angehörenden Handelsminister Dr. Schreiber unterstehen. Das sind so die Kleinigkeiten, mit denen man sich als kommunistischer Führer oder Schriftleiter nicht aufhält. Mit diesem bewußten Vermeiden, in eine Sache tiefer einzudringen, dürfte wohl auch die Bitte des „Bevollmächtigten des Obersten Volkswirtschaftsrats bei der Handelsvertretung der UdSSR. (Sowjetunion) in Deutschland“ an das Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung (Dinta) um Auskunft über die in Deutschland getroffenen Maßnahmen und Einrichtungen zur beruflichen Fortbildung von Spezialarbeitern, Werkmeistern, Technikern und Ingenieuren zu erklären sein. Wollen ausländische Gewerkschaften solche Aufklärung haben, so wenden sie sich selbstverständlich an ihre deutschen Bruderorganisationen. Die russischen Kommunisten wenden sich an ihre deutschen Gesinnungsgenossen nicht, weil ihnen deren Kenntnisse und Urteilsfähigkeiten bekannt sind. Wo nichts ist, da ist auch nichts zu holen, da wendet man sich einfach an den Klassengegner, an eine Arbeitgeber-Einrichtung, die der organisierten Arbeiterchaft als Gesinnungsabrik durch die dort redigierten Wertsetzungen bekannt ist.

Wenn hier diesen Dingen einmal trotz innerem Widerstreben etwas Aufmerksamkeit gewidmet wird, so mit der Absicht, unsere jungen Kollegen kritisch zu machen gegen Behauptungen, die ihnen gedruckt oder mündlich vorgelegt werden. Es gibt ja kein Mittel, durch das Verleumder und Dummköpfe ihre Tätigkeit unmöglich gemacht werden könnte, solange es interessierte Stellen gibt, die Geld für die Herstellung und Verbreitung von Lügen und Unwahrheiten zur Verfügung stellen. Solange die Gewerkschaften im Kampf gegen Unternehmertum und Reaktion stehen, sind sie solche Bekämpfung gewöhnt und werden sie auch weiter zu erwarten haben. Zur Abwehr gehört aber, die Arbeiter, besonders die jüngeren, urteilsfähig zu machen über all die vielen Fragen, die von Bedeutung für die Arbeiterbewegung sind, damit die Versuche, Mißtrauen und Zweifel an der eigenen Organisation aufkommen zu lassen, zu Fehlurteilen werden. Gerade die jungen Gewerkschafter haben hierbei eine große Aufgabe vor sich.

Vorzeitige Beendigung der Lehre und Arbeitslosenunterstützung

Die im Gefolge der Wirtschaftskrise auftretenden Betriebs-einsparungen und Betriebsstillegungen führen dazu, daß manchem Lehrling von seinem Lehrmeister ein früheres Auslernen, als nach dem Lehrvertrag vorgegeben, ermöglicht wird. Diese Tatsache bringt Schwierigkeiten mit sich, wenn der Ausgelernte — wie es ja jetzt die Regel ist — sofort arbeitslos wird und nun Arbeitslosenunterstützung zu erhalten sucht. Bekanntlich sieht das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Ver-

Was war Edison der Menschheit?

Der erfolgreichste Erfinder aller Zeiten, Thomas Alva Edison, ist am 18. Oktober im Alter von 84 Jahren gestorben. Damit hat einer der stillen und dennoch bedeutungsvollen Wohltäter der Menschheit seine Augen für immer geschlossen. Edison ist einer der wenigen großen Menschen, die schon bei Lebzeiten in allen Erdteilen berühmt geworden sind. Er hat seine Erfindungen zu erdumspannenden Erfolgen sich entwickeln lassen. Unter den annähernd 1000 Erfindungen, die dieser Mensch in seinem Laboratorium ausgetüftelt hat, sind einige, die erst den Kulturstand der Menschheit von heute ermöglicht haben. Er war ein Pionier der Technik wie selten einer vor und nach seinem Tode. Und wenn der Vorschlag des Schriftstellers Emil Ludwig zur Anwendung kommt, als Ehrung für Edison auf der ganzen Welt eine Minute das elektrische Licht auszuschalten, so wäre dies die beste Ehrung für diese außerordentlichen Leistungen. Edison wurde geboren als der Sohn eines holländischen Müllers. Er war schon von Kindheit an auf sich selbst angewiesen. Seine Mutter war eine Schottin, die den Werdegang des Jungen früh beeinflusst hat. Er war schon früh berufstätig und begann schon mit 16 Jahren in einem privaten Laboratorium an der Lösung technischer Probleme zu arbeiten. Neben seinen Erfindungen auf dem Gebiete der Telegraphie hat er vor allem zwei große Erfindungen gemacht: die Glühbirne und den Phonographen. Zwar haben auch andere an der Erfindung der Glühbirne gearbeitet, aber sie vor jetzt 52 Jahren zur industriellen Massenherzeugung vorbereitet zu haben, ist Edisons Verdienst. Und wenn heute der Erdball von der menschlichen Stimme umspannt werden kann, wenn der Tonfilm und die Sprechmaschine so außerordentliche Fortschritte zu verzeichnen haben, so haben wir dies dem Manne zu verdanken, der am 18. Oktober zur großen Arme übergegangen ist. Der Name Edison war ein Begriff. Und wenn heute die Vereinigten Staaten das erste Industrieland der Welt sind, so hat Edison dazu zu einem großen Teil die Vorbedingungen geliefert. Auch deutsche Unternehmer, wie Rathenau, Bergmann und Schudert haben mit Edison zusammengearbeitet und Anregungen von ihm empfangen. Sie haben, zurückgekehrt in die Heimat, die Erfindungen Edisons industriell auszuwerten versucht. Edison ist als Erfinder gestorben. Er war nie Unternehmer, sondern hat anderen die industrielle Ausbeutung seiner Erfindungen überlassen. Sein Freund Henry Ford, der seine Erfindungen in einem Museum der Nachwelt übermitteln hat, sagte von ihm, daß er nie ein Praktiker des Geldes gewesen sei. Von finanziellen Dingen und den Methoden eines Unternehmers verstand er sehr wenig. Nach seiner Anschauung sollte Erfinden Dienst an der Menschheit sein. Die ganze Menschheit sollte dadurch nicht nur glücklicher, sondern auch auf eine höhere kulturelle Stufe gehoben werden. Deshalb kann dieser einzigartige Mensch auch in den Herzen der Arbeiterchaft aller Länder fortleben. Er hat mit dazu beigetragen, daß das Brot schneller wächst als die Menschen und die Menschheit wahrhaft glücklich sein könnte, wenn sie sich von der Tyrannei befreien würde, daß der Ueberfluß an menschlichen Gütern seine eigenen Schöpfer verarmen läßt.

sicherungsfreiheit einer Beschäftigung auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages von mindestens zweijähriger Dauer vor; die Versicherungsfreiheit erlischt zwölf Monate vor dem durch den Lehrvertrag festgesetzten Ablauf der Lehrzeit. Vereinbarten Lehrmeister und Lehrling eine frühere Beendigung, so werden in der Regel beim Verlassen der Lehrstelle noch keine 52 Wochen Beitragsleistung vorliegen, so daß ein Antrag auf Arbeitslosenunterstützung nicht gestellt werden kann. Es wird nun den Lehrlingen von manchen Seiten empfohlen, im vorgenannten Fall den Lehrmeister zu veranlassen, die an 52 Wochen fehlenden Beiträge nachzuschaffen. Es ist möglich, daß man hier oder dort auf Grund solcher Handhabung zum Ziele kommt, aber eine Sicherheit dafür besteht nicht. Die allein rechtlich einwandfreie Regelung der Angelegenheit ist nur dann gegeben, wenn beide Parteien des Lehrvertrages ganz regelrecht einen neuen Lehrvertrag abschließen, der die neue, verkürzte Lehrzeit enthält. Hierauf müssen Kollegen, die vor der Frage stehen, ob sie einer früheren Beendigung der Lehrzeit zustimmen sollen, aufmerksam gemacht werden.

(Jugend-Führer.)

Gewerkschaftliche Jugendorganisation

betitelt sich ein Abschnitt im Jahrbuch 1930 des A. D. G. B., aus dem wir folgendes wiedergeben:

Zu den Wirkungen, die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit auch auf die gewerkschaftliche Jugendarbeit ausüben, kam im verfloffenen Jahre bereits der Rückgang in der Zahl der die Schule verlassenden Jugendlichen, der sich in den Jahren 1931 bis 1933 noch stärker bemerkbar machen wird. Die verringerte Lehrlingshaltung in verschiedenen Berufen ist sowohl hierauf als auch auf die starke Arbeitslosigkeit zurückzuführen, die in den Berufen mit einer geregelten Lehrlingshaltung zu einer verminderten Einstellung von Lehrlingen entsprechend der geringeren Zahl von Beschäftigten in den einzelnen Betrieben führt. Dieser Rückgang der Lehrlingshaltung ist die Ursache dafür, daß Ende 1930 eine gewisse Abnahme der in den Gewerkschaften organisierten Jugendlichen festzustellen ist. Aber nur in wenigen Berufsgruppen, in denen die Lehrlinge nahezu vollzählig ihrer Gewerkschaft angehören, wird dieser Rückgang als unüberwindbar gelten können. Wie die Berufs- und Betriebszählung von 1925 ergab, waren damals 1 700 000 Jugendliche unter 18 Jahren in Handwerk, Industrie, Handel und Verkehr als

gewerbliche Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, während in den dem A. D. G. B. angehörenden Gewerkschaften nur rund 300 000 Jugendliche organisiert sind. Es bleibt also den Gewerkschaften noch ein weiteres Betätigungsfeld, das jetzt mehr als bisher von der Jugend selbst bearbeitet wird. Die Werbung der Jugendlichen durch den organisierten jungen Arbeiter wird in verstärktem Maße durch die Jugendabteilungen der Gewerkschaften in die Wege geleitet, um möglichst zu erreichen, daß auch in den kommenden Jahren, die einen Rückgang der Zahlen der erwerbstätigen Jugendlichen auf nahezu die Hälfte des normalen Standes bringen werden, keine Schwächung der gewerkschaftlichen Jugendgruppen eintritt.

Wie die Gewerkschaftsstatistik ausweist, ist die Zahl der von den Verbänden gemeldeten jugendlichen Mitglieder von 229 561 Ende des Jahres 1929 auf 224 539 Ende des Jahres 1930 zurückgegangen. Im „Jugend-Führer“, Jahrgang 1930, Heft 12, wurde in einer Beiprägung dieser Statistik gezeigt, daß diese Angaben ungenau, da unvollständig sind. Es fehlen auch jetzt von elf Verbänden die Zahlen der jugendlichen Mitglieder. Damals wurde gezeigt, daß in Wirklichkeit etwa 310 000 Jugendliche in den Gewerkschaften organisiert sind gegenüber 229 561 von der Statistik erfaßten. Auch für Ende 1930 liegen die Dinge ähnlich; es ist an diesem Zeitpunkt mit rund 300 000 jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern zu rechnen.

In einer Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Jugendleiter der Verbände und Bezirke im November 1930 wurde die Frage einer einheitlichen Berichterstattung über die gewerkschaftliche Jugendarbeit erörtert und ihre Durchführung ab 1. Januar 1931 vorgegeben. Es sind aber bereits über das verfloffene Jahr von einigen Verbänden Berichte eingegangen, aus denen nachfolgende Angaben stammen:

12 Verbände berichten über das Bestehen von 1353 Jugendabteilungen; 9 Verbände melden 4981 Jugendfunktionäre, von denen 3083 unter 18 und 1898 über 18 Jahre alt sind. Die verantwortlichen Leiter der Jugendgruppen sind in der Regel über 18 Jahre alt. Auf dem Gebiete der fachlichen Fortbildung haben 11 Verbände 21 814 Veranstaltungen für die Jugendlichen getroffen, davon 15 848 praktische Uebungs- bzw. Bauteilabende. Die übrigen bleibende Zahl entfällt auf Lichtbild- und Filmvorführungen, Besichtigungen von Betrieben, Ausstellungen und dergleichen sowie auf Einzelvorträge. An diesen fachlichen Bildungsveranstaltungen nahmen 440 800 Jugendliche teil. Auf dem Gebiete der allgemeinen und gewerkschaftlichen Bildung bewegten sich 24 810 Jugendveranstaltungen derselben elf Verbände, an denen ebenfalls über 400 000 Jugendliche beteiligt waren. Spiel- und Unterhaltungsabende, Feiern, Theater- und Konzertbesuche und dergleichen Veranstaltungen wurden 6879 gehalten, während 3170 Spiele im Freien und 6412 Wanderungen und Ferienfahrten von den elf berichtenden Verbänden gemeldet werden. Ueber die von den Jugendabteilungen benutzten Zusammenkunftsräume berichten nur fünf Verbände. Von 747 Jugendabteilungen können 227 in der Regel in eigenen Heimen bzw. Räumen zusammenkommen, während 224 öffentliche Jugendheime und 24 Schulräume benutzen. In 272 Fällen sind die Jugendabteilungen gezwungen, Gastwirtschaften für ihre Zusammenkünfte in Anspruch zu nehmen.

Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände fordert eine ausreichende Hilfe für erwerbslose Jugendliche

Am 21. Oktober hielt der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, die Spitzenorganisation der deutschen Jugendverbände aller Richtungen, in Berlin eine stark besuchte Hauptversammlung ab, die sich vor allem mit den Hilfsmaßnahmen für erwerbslose Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren beschäftigte. Nach einem einleitenden Referate des Geschäftsführers des Reichsausschusses, Hermann Maack, verhandelte sich die rege Aussprache zu einer von den Verbandsvertretern aller Richtungen einstimmig angenommenen Entschließung.

Angefaßt des wachsenden Umfangs der Erwerbslosigkeit unter den Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren und der hieraus folgenden persönlichen und beruflichen Not ist der Reichsausschuß überzeugt, daß eine Milderung des Notstandes nur durch Arbeitsbeschaffung zu erreichen ist. Ein Mittel sieht er in der Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit für Jugendliche, um erwerbslosen Jugendlichen neue Arbeitsplätze zu verschaffen“. Mit Rücksicht darauf, daß in weitem Umfange Jugendliche nach Beendigung ihrer Lehre sofort entlassen und erwerbslos werden“, fordert er, daß jeder Lehrherr zu verpflichten ist, die von ihm ausgebildeten Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit mindestens 6 Monate lang in seinem Betriebe als Gesellen und Gehilfen weiter zu beschäftigen“.

„Die Notwendigkeit allgemeiner Sparsamkeit, besonders in der Verwendung öffentlicher Mittel, darf nicht dazu führen, daß in falsch verstandener und kurzfristiger Sparlichkeit die zur Durchführung der Hilfsmaßnahmen benötigten Mittel in einer Weise gekürzt oder zum Teil gänzlich gestrichen werden, die der auch staatspolitisch nicht zu leugnenden Aufgabe und sittlichen Pflicht nicht mehr gerecht wird, Arbeits- und Lebensrauf der erwerbslosen Jugendlichen zu erhalten und diese vor Verfehlungen und Vergehen zu bewahren.“

Der Reichsausschuß fordert, daß neben den Mitteln, die die Reichsregierung für die berufliche Schulung erwerbsloser Jugendlicher bereitgestellt hat, dem Reichsministerium des Innern für die Zwecke der Jugendpflege und Volksbildung ein erwerbsloser Jugendlichen durch den Reichsfinanzminister ein Fonds in Höhe von 5 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt wird. Der Reichsausschuß fordert ferner, daß die in Preußen im ordentlichen Haushalt bewilligten Mittel zur Fürsorge für erwerbslose Jugendliche und zur allgemeinen Pflege der Jugend, die inzwischen vom preußischen Finanzministerium eingespart worden sind, in vollem Umfange ihrem vom preußischen Landtage zugedachten Zwecke wieder zugeführt werden.“ Der Reichsausschuß erwartet auch von den übrigen Ländern, daß Mittel und Einrichtungen für die Hilfe an erwerbslosen Jugendlichen bereitgestellt werden.

„Die ausgezeichneten Dienste, die die Berufs- und Fachschulen in der beruflichen und allgemeinen Fortbildung für erwerbslose Jugendliche geleistet haben und leisten können, nötigen den Reichsausschuß zu der Forderung, daß die Länder als die Träger des Berufs- und Fachschulwesens sich der Notwendigkeit nicht verschließen, die Berufs- und Fachschulen in ihrem gegenwärtigen Umfange zu erhalten und im Hinblick auf die Verwendungsmöglichkeiten für die Erwerbslosenhilfe diese pädagogischen Einrichtungen auszubauen.“

Der Reichsausschuß richtet die dringende Bitte „an die Gemeinden, trotz ihrer finanziellen Bedrängnis die Not ihrer erwerbslosen Jugendlichen durch Bereitstellung geeigneter Aufenthalts- und Schulungsräume, durch Speisungen und durch Einsatz von Geldmitteln überwinden zu helfen. Der Reichsausschuß ist überzeugt, daß diese Aufwendungen in keinem Verhältnis zu den sonstigen Fürsorgekosten stehen und eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit der Hilfe seitens der freien Verbände sind.“

Die gegenwärtige schwere und umfangreiche Not der erwerbslosen Jugendlichen kann wesentlich gemildert und auch überwunden werden, wenn öffentliche und freie Träger der Hilfe für erwerbslose Jugendliche unter Verzicht auf Zuständigkeitsstreitigkeiten sich zu gemeinsamer Arbeit und zu gegenseitiger Unterstützung bereit finden.“